

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

❖ Willkommengruß zum fünften Verbandstag in Dresden! ❖

Willkommen in Dresden!
Willkommen in Elbflorenz!
Brüder der Arbeit,
Söhne der Freiheit —
Seid uns begrüßt!

Ihr mit der rauhen Faust,
Die ihr aus Kohlen,
Den ruhigen, schwarzen,
Das Licht uns zaubert
Und Wärme und Kraft. —
Die ihr die Straßen segt
Und uns bereitet die stärkenden Bäder
Die ihr mit Wasser die Städte versorgt
Und den Verkehr hinlenkt durch die

[Straßen —

Die ihr die Kranken pflegt
Und die Blumen und Beete der Gärten
Die im Forst ihr die Bäume rodet
Und das Salz der Salinen uns spendet
Seid uns begrüßt!

▽ ▲ ▽
Rauh ist das Tagewerk,
Und farg nur die Löhnung,
Und endlose Arbeitszeit
Stumpft euch den Geist und die Seele,
Dah sie unempänglich werden
Für die Schönheit der Welt.
Trotharte Herrenfaust
Drückt euch dankender,
Dah nicht das Menschenbewußtsein
Aufsteige in euch,
Gebietend verlangend
Nach Luft und Licht,
Und Recht und Freiheit,
Und Brot und Schöne.
Sklaven möchtet ihr sein,
Die wunschlos schaffen
Und willig gehorchen
Und nichts begehren.

Aber zu euch auch
Ist er gekommen,
Der Ruf der Freiheit.
Und wie der Lenzwind
Aus froststarrer Erde
Blumen gezaubert
Und würzigen Duft,
Wie er den Vögeln
Gelehrt ihre Lieder
Und die Falter
Gewecket zum Licht,
So sprohsten aus euren
Getretenen Herzen
Schimmernde Wünsche,
Und des Willens Kraft
Hob empor die lastenden Schollen
Bedrückender Knechtschaft
Und drängte wie Maiengrün
In die wärmenden Frühlingslüfte.

▽ ▲ ▽

Und nun seid ihr versammelt,
Zu raten, zu raten,
Wie ihr den Lenz,
Der draußen lacht von den schimmern-
Einführen möchtet [den Höhen,
In eure hütten,
In eure Herzen,
In eure Seelen,
Dah der Winter der Trübsal weiche,
Und der Frost der Verzagttheit,
Und Not und Entbehrung,
Und all die Kummernis,
Die auf dem Dasein,
Dem lichtlosen, schweren,
Wuchend euch lastet.

Glück auf zum Werk,
Glück auf zum Tag,
Ihr treuen Genossen!

Seht, Pfingsten steht vor der Tür,
Das Fest des Geistes,
Das Fest der Erleuchtung!
Da saßen die Jünger,
Stumm und verzweifelt,
Und harteten des Wunders.
Und siehe, es kam —
Gewaltig und brausend!
Da zogen sie aus,
Mit feurigen Jungen
Der Welt zu verkünden
Die große, herrliche Lehre der Liebe.
Und kannten nicht Furcht,
Und kannten nicht Zittern,
Und boten Troh
Einer Welt von Feinden.

So möge auch euch
Ein Pfingstgeist befeelen,
Ein Geist der Freude,
Ein Geist der Erkenntnis
Und stolzen Bekennermuts!
Und sollt von hier gehen,
Mit feurigen Jungen
Den schlummernden Brüdern
Die Wahrheit zu künden!
Und sollt sie erwecken
Zum Licht und zur Freiheit,
Dah sie kommen zu euch
Und mit euch streiten
Für Recht und Wahrheit,
Und Freiheit und Gleichheit,
Und bessere Zukunft,
Und sorgloses Sein!

▽ ▲ ▽

Glück auf zum Werk,
Glück auf zum Tag,
Ihr wackern Genossen!
Und nochmals: Willkommen!

Ernst Alaar.

Gemeindevertreter und Gemeindearbeiter.

Wie alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden gewerkschaftlichen Organisationen verdankt auch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter seinen Aufschwung in erster Linie den beteiligten Arbeitern selbst, die, zum Klassenbewußtsein erwacht, eingesehen haben, welche Rolle sie im Wirtschaftsleben spielen und wie sehr sie Anspruch auf den ihnen gebührenden Anteil an den Werten haben, die mit ihrer Hilfe erzeugt sind.

Niesenhaft sind die Gewinne, die die Gemeinden in den weitaus meisten Fällen aus ihren industriellen Unternehmungen ziehen, aber viel zu gering ist noch überall die Entlohnung der städtischen Arbeiter, viel zu lang ihre Arbeitszeit, viel zu aufreibend ihr Dienst. Noch immer stehen die Gemeindeverwaltungen, beherrscht von den Vertretern des Geldsacks, auf dem Standpunkt, daß die Gemeindebetriebe sich nicht zu Konkurrenzbetrieben gegen das private Unternehmertum herauswachsen dürfen, allzuwenig erst und nur sehr langsam bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Gemeinden in Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben den Privatunternehmern vorbildlich vorangehen, daß die Gemeindebetriebe Musterbetriebe sein müssen, wie sie demaleinst dem Verfasser der bekannten Februarerlasse hinsichtlich der Staatsbetriebe vorgeschwebt haben. Wenn aber die Staatsbetriebe, wenigstens in Preußen unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts, heute alles eher als Musterbetriebe sind, wenn die Februarerlasse nach 20 Jahren noch immer auf dem Papier stehen, so sind doch in manchen Gemeinden bereits Ansätze zur besseren und sozial fortgeschritteneren Gestaltung ihrer Betriebe vorhanden. Daß dem so ist, ist neben der unermüdblichen Agitation der Arbeiter, neben der werdenden Kraft ihrer Organisationen den sozialdemokratischen Stadtverordneten zu danken.

Wie einem Wort des ersten Reichskanzlers zufolge das bisherige Arbeiterkennzeichen, das wir in Deutschland haben, ohne die Sozialdemokratie nicht bestände, so kann man getrost sagen, daß ohne sozialdemokratische Gemeindevertretungen nirgends von einer kommunalen Sozialpolitik die Rede sein würde. Überall bilden die Sozialdemokraten das vorwärtstreibende Element, überall sind sie es, die sich der Interessen der Gemeindearbeiter annehmen, die sie gegen behördliche Übergriffe schützen und die Forderungen der Arbeiter zu den übrigen machen.

Wenn irgendwo, so zeigt sich in der kommunalen Arbeiterpolitik die Richtigkeit des Satzes, daß politische und gewerkschaftliche Betätigung Hand in Hand gehen müssen. Es genügt nicht, daß die Gemeindearbeiter sich gewerkschaftlich organisieren, sie müssen sich auch politisch betätigen und dafür sorgen, daß möglichst viel Sozialdemokraten in die kommunalen Körperschaften einziehen, denn nur eine starke sozialdemokratische Fraktion bietet ihnen die Gewähr dafür, daß die gewerkschaftlichen Erregungenschaften nicht auf dem Papier stehen bleiben oder gar durch Verwaltungsmaßnahmen illusorisch gemacht werden.

Welche Erfolge auf die Tätigkeit der Gewerkschaften und welche Erfolge auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zurückzuführen sind, läßt sich in den seltensten Fällen streng voneinander trennen, meist ist es die unablässige Agitation beider Teile, die, wenn auch häufig erst nach jahrelangem vergeblichen Bemühen, Vorteile für die Arbeiter erzielt. Es kommt auch gar nicht darauf an, die Verdienste der einen Richtung gegen die andere auszuwägen, denn beides sind nur verschiedene Zweige der modernen Arbeiterbewegung, die zusammen gehören und die nur gemeinsam eine erspriessliche Wirkung entfalten können. Zweifellos haben die Gemeinde-

arbeiter den sozialdemokratischen Gemeindevertretern manches zu danken, aber auch umgekehrt sind die sozialdemokratischen Gemeindevertreter den organisierten Gemeindearbeitern zu Dank verpflichtet. Die Organisation ist es, die Material sammelt und damit den Gemeindevertretern Waffen in ihrem Kampfe gegen die Rückständigkeit und für den sozialen Fortschritt in den Gemeinden liefert. Die sorgfältig ausgearbeiteten Petitionen der Gewerkschaft, ihre statistischen Erhebungen und sonstigen Publikationen, vor allem ihr Organ — die „Gewerkschaft“ — setzen die Gemeindevertreter, denen es ja gewöhnlich an Zeit zu eingehendem Studium der zahllosen Spezialfragen fehlt, erst in den Stand, erfolgreich für die Arbeiter einzutreten.

Daß dem tatsächlich so ist, bedarf wohl kaum eines Beweises. Die Geschichte jeder einzelnen Kommune, von der Reichshauptstadt angefangen bis herab zur kleinsten Dorfgemeinde, in deren Vertretung Sozialdemokraten sitzen, lehrt, in wie hohem Maße sich die sozialdemokratischen Gemeindeverordneten stets der Interessen der Gemeindearbeiter angenommen und sich zu ihrem Sprachrohr gemacht haben, und zwar nicht nur der organisierten, sondern auch der unorganisierten, ja selbst solcher Arbeiter, die in Verkennung ihrer Klassenlage bei den Wahlen ihre Stimmen für die Kandidaten der Bourgeoisie abgegeben haben.

In dem größten Teile von Deutschland ist ja das kommunale Wahlrecht nicht geheim, und vielfach benutzen die herrschenden Klassen die öffentliche Stimmabgabe, um den schlimmsten Terrorismus, die Vrotlosmachung, auf alle abhängigen Existenzen auszuüben. Es hieß seine Augen vor der Erkenntnis dessen, was ist, verschließen, wollte man sich darüber hinwegtäuschen, daß es noch zahllose Gemeindearbeiter gibt, die zwar in den Sozialdemokraten die Männer ihres Vertrauens erblicken, aber trotzdem aus Furcht vor dem Verlust ihrer Stellung die gegnerischen Kandidaten und damit ihre eigenen Feinde wählen. Überall da, wo wir eine starke gewerkschaftliche Organisation und auch nur einen einzigen sozialdemokratischen Gemeindevertreter besitzen, dürfte diese Furcht unbegründet sein. Die Gewerkschaft steht den Gemäßigten hilfsreich zur Seite, und die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden durch ihre Kritik ein derartiges Verhalten der Behörden so an den Pranger stellen, daß sie ein zweites Mal einen solchen Versuch nicht wagen. Der einzelne, der den Mut hat, im Gegensatz zu seinen Arbeitskollegen, öffentlich sozialdemokratisch zu wählen, ist vielleicht Gefahren dieser Art ausgesetzt, aber wir möchten den Magistrat oder den Gemeindevorsteher sehen, der es wagen wollte, wenn die Gemeindearbeiter in größerer Zahl oder gar geschlossen für die Sozialdemokratie stimmen, sie zu mahregeln oder ihnen sonst Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Das gleiche gilt für etwaige Versuche, das Koalitionsrecht der Gemeindearbeiter illusorisch zu machen. Die Arbeiter wissen, daß sie in allen solchen Fällen auf die Sozialdemokratie rechnen können.

Das sollten auch die Gemeindearbeiter einsehen, die zwar gewerkschaftlich ihre Pflicht erfüllen, aber politisch noch indifferent sind. Wenn das Wohl seiner Klasse, wenn das Wohl seiner Familie, wenn sein eigenes Wohl am Herzen liegt, der muß sich auch auf politischem Gebiete betätigen, der muß eingedenk des Satzes, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, dafür sorgen, daß in allen Gemeinden der Einfluß der Arbeiter und ihrer Vertretung — der Sozialdemokratie — gestärkt wird. Den größten Vorteil davon werden die Arbeiter, allen voran die Gemeindearbeiter, haben.

Charlottenburg.

Paul Hirsch.

Dresdener Sozialpolitik.

Dresden, die Haupt- und Residenzstadt Sachsens, genießt als Fremdenstadt einen guten Ruf und seine kommunalen Einrichtungen werden gar oft als musterträchtig bezeichnet. Insofern dies Bezug auf Krankenhäuser, höhere Lehranstalten, Beschaffenheit der Straßen und der zur Berufenbeförderung dienenden Verkehrsmittel, mag dies zutreffend sein. Nicht so in bezug auf die Sozialpolitik.

Erst im letzten Jahrzehnt hat sich Dresden zur Industriestadt in seiner gegenwärtigen Bedeutung emporgeschwungen. In früheren Zeiten hatte Dresden mehr den Charakter einer ruhigen, vornehmen Fremden- und Pensionärstadt. Diesem Umstande ist es zu einem guten Teile zuzuschreiben, wenn die Sozialpolitik der sonstigen Bedeutung Dresdens nicht entspricht. Der Geist des kurzfristigen Kleinbürgers spürt noch gar sehr darin herum. Doch die nach und nach sich vollziehende Verjüngung der Stadtverwaltung bringt allmählich einen anderen Zug hinein. Die ersten Ansätze dazu sind unverkennbar.

So ist unter anderem auch ein „Ausschuß für soziale Angelegenheiten“ eingeführt worden. Ein endgültiges Beschließungsrecht steht demselben allerdings nicht zu, er ist nur eine beratende Körperschaft. Immerhin kann bei richtiger Zusammenlegung und frischer Initiative diese Institution eine fruchtbringende Tätigkeit entfalten. Angeblich soll auch der jüngst gefasste Beschluß des Rates, aus Sparfassen- und Leibamtsüberflüssen 30 000 Mk. zur Unterstützung Arbeitsloser bereitzustellen, der Anregung des „Sozialen Ausschusses“ entsprungen sein. Merkwürdig dabei bleibt nur, daß einige Wochen zuvor die sozialdemokratischen Stadtverordneten den gleichen Antrag stellten, der aber in stürmischer Sitzung niedergestimmt wurde.

Es ist überhaupt ein charakteristischer Zug in Dresden, alles, was die Arbeiter und die sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragen, konsequent abzulehnen. Nach einiger Zeit jedoch kommt die Stadtverwaltung, aus eigenem Antrieb selbstverständlich, mit dem gleichen oder in der Sache gleichen Antrag, der in der Regel auch angenommen wird. Wartet sich doch bei solchen Anlässen Gelegenheit, sein „soziales Empfinden“ in voller Glorie leuchten zu lassen.

Dazu war auch die große Arbeitslosigkeit in diesem Winter so recht geeignet. Wir müssen jedoch sagen, daß die getroffenen Maßnahmen, wenn überhaupt von solchen die Rede sein kann, vollständig ungenügend waren. Nicht einmal einer Arbeitslosigkeit seiener Arbeiter hat der Rat vorgebeugt, trotzdem die Arbeiterausschüsse eine dahingehende Eingabe gemacht hatten. Außer dem Marschlagen einiger hundert Kubikmeter Steine sind eigentliche Notstandsarbeiten nicht bereitgestellt worden. Und auf das Steinehlagern, wie man es hier betreibt, kann ruhig verzichtet werden, für die meisten der Arbeitslosen ist es zudem die ungewisseste Arbeit.

In die Angelegenheiten der städtischen Arbeiter will sich jedoch der Rat von anderer Seite nicht hineinreden lassen. Er betrachtet sich als „alleinigen Arbeitgeber“ und nimmt das Recht für sich in Anspruch, alle Angelegenheiten allein zu regeln. Die Arbeiterausschüsse, die auf Grund der allgemeinen Arbeiterordnung errichtet sind, können und sollen daran nichts ändern.

Die Allgemeine Arbeiterordnung, welche alle rechtlichen Verhältnisse der Arbeiter regelt, ist so recht ein Gradmesser der kommunalen Sozialpolitik. Sie wurde im Jahre 1903 geschaffen und 1907 einer Reform unterzogen. Ihre Tendenz geht dahin, Vergütigungen zwar in Aussicht zu stellen, aber, außer auf den Kubelohn, keinen Anspruch zu gewähren. Alle vorzulebenden sozialen Fürsorgeeinrichtungen tragen den Charakter von Wohlthaten. Sie scheiden die städtischen Arbeiter in zwei Klassen, in „ständige“ und „nichtständige“. Nur ständige Arbeiter können in den Genuss der Wohlthaten treten

Der jüngste Zweig am Baume der Dresdener Sozialpolitik ist das Arbeiterbeamtentum. Die Dresdener Arbeiterbeamten sind nicht ohne weiteres zu vergleichen mit den anderwärts geschaffenen Monats- oder Jahreslöhnern. Sie sind als Beamte mit allen ihren Rechten und Pflichten feierlich verpflichtet worden. Den Anfang machte man mit dem Fahrpersonal der Straßenbahnen. Im August 1907 folgten die übrigen städtischen Betriebe nach. Einige hundert städtischer Arbeiter wurden mit einem Zuschlag zu „Beamten“ befördert. In allen Tonarten pries man seinerzeit diese Maßnahme als eine große „soziale Tat“, geeignet, den Gläubigen eine sorgenfreie, gesicherte Existenz zu bieten.

Aber gar mancher der zum Beamten Beförderten hat den zweifelhaften Wert dieser „sozialen Tat“ erkannt. Die meisten Vorteile hängen in der Luft. Ein auf dem Disziplinarwege erteilter Verweis allein schon hebt die Unkündbarkeit der Stellung auf. Ist diese aber nicht mehr vorhanden, dann hat der beamtete Arbeiter vor den übrigen nichts vorans. Dabei beginnt die Gehaltsstaffel der beamteten Arbeiter mit einem Jahresgehalt von 1200 Mark und steigt in achtzehn Jahren auf 1450 Mk. Das Fahrpersonal der Straßenbahnen beginnt gar erst mit 1050 Mark. Die Straßenbahner bekommen ja Trinkgelder.

Es war denn auch ein tiefer liegender Grund, der zu dem Arbeiterbeamtentum führte. Bereits 1903 bei Schaffung der „ständigen“ Arbeiter sagte der verstorbene Oberbaurat Klette:

„Daß die Fürsorge für die ständigen Arbeiter einzig dem Rate zustehe, der sich mit dem sogenannten Verband der Gemeindegewerkschaft in feinerlei Verhandlungen einlassen werde, so daß ein Verbleiben im Verbandszwecklos ist und nur Kosten verursacht.“

Eingig um unserem Verbands das Wasser abzugraben, wurden die „ständigen“ Arbeiter geschaffen. Die Verhältnisse waren aber stärker als die Verfügung des Oberbaurates und gerade nach dem Jahre 1903 hat die Zentrale Dresden ihre größten Fortschritte gemacht!

Das paßte den Organisationsfeinden durchaus nicht in den Kram. Sie griffen zu neuen Mitteln und brachten die „Arbeiterbeamten“ zur Welt. Nicht soziale Erwägungen, sondern die Verschärfung der Klassengegenläge, die Feindschaft gegen die Organisation, das waren die Hauptursachen zu diesem Schritt. Bezeichnend genug heißt es ja auch in der betreffenden Ratsvorlage: „Mit der Verleihung der Beamteneigenschaft fällt endlich auch das in § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht.“

Dah nach alledem die Löhne der städtischen Arbeiter dem Geiste der Dresdener Sozialpolitik angepaßt sind, ist selbstverständlich. Wenigstens ist man auf diesem Gebiete bemüht, an den alten Traditionen nichts zu ändern. An dem rückständigen Stundenlohnsystem wird mit Zähigkeit festgehalten.

Der Rat der Stadt Dresden steht heute noch auf dem Standpunkte, die Organisation der städtischen Arbeiter als deren Interessenvertretung nicht anzuerkennen. Das hat er in allerletzter Zeit erst wieder betont. Von einer im Februar stattgefundenen Versammlung war eine Resolution durch die Verbandsleitung eingereicht worden, in der ersucht wurde, die Mittel zu einer allgemeinen Lohnerböhung in den Haushaltsplan einzustellen. Der Rat schrieb darauf dem Stadtverordnetenkollegium, daß er diese Resolution ohne weiteres für erledigt erklärt habe, da sie nicht von der geordneten Vertretung der städtischen Arbeiter ausginge. Als aber im Herbst vorigen Jahres die „geordnete Vertretung der städtischen Arbeiter“, die Arbeiterausschüsse, diese Eingabe wegen Verschaffung von Winterarbeit einreichten, da sang es wieder anders. Da sprach der Rat von einer Eingabe des Genossen Dorn und noch 11 anderen städtischen Arbeitern.

Aus Vorstehendem ergibt sich, daß noch sehr viel zu tun übrig bleibt, die kommunale Sozialpolitik der sonstigen Bedeutung Dresdens entsprechend zu gestalten. Die Organisation wird mit allen Kräften bemüht sein, ihr Teil dazu beizutragen
H. Br.

Koalitionsfreiheit der städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M.

Vom Stadtverordneten D. Zielowski, Frankfurt a. M.

Koalitionsbestrebungen der städtischen Arbeiter haben bisher Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M., wenn nicht feindlich, so doch auch nicht freundlich und fördernd gegenüber gestanden. Wir erinnern nur an die krampfhaften Bemühungen des Elektrizitäts- und Bahnmeisters und der Fahrpartverwaltung, die Organisationsbestrebungen der städtischen Arbeiter zu hintertreiben. Man überläßt es gewöhnlich unteren Beamten, gegen Arbeiter, die die Organisationsbestrebungen der städtischen Arbeiter fördern wollen, vorzugehen. Bei den oberen städtischen Beamten finden solche Vorgesetzte meistens eine stillschweigende Unterstützung, wenn nicht gar Billigung ihres Tuns. So erklärt es sich, daß der größte Teil der städtischen Arbeiter und Unterbeamten trotz aller Unzufriedenheit über schlechte Bezahlung und oft auch schlechte Behandlung nicht zum Beitritt in eine Organisation zu bewegen ist. Und daß die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter und Unterbeamten in Frankfurt a. M. noch sehr viel zu wünschen übrig lassen, dafür ist die jetzt veröffentlichte Lohnstatistik des Magistrats der beste Beweis. Besser wie die Arbeiter und Unterbeamten sind die höheren städtischen Beamten und Lehrer organisiert, und sie wissen auch durch ihre Organisationen ihre Interessen sehr gut wahrzunehmen. Bezeichnend ist dabei, daß der Oberbürgermeister diese Organisationen anerkennt und mit ihnen über Beamten- und Lehrerverhältnisse verhandelt, während er Verhandlungen mit Vertretern der Arbeiterorganisationen bisher hätte abgelehnt hat.

Angeichts dieser Tatsache war es nun interessant, einmal die Koalitionsfreundlichkeit der bürgerlichen Stadtverordneten auf Herz und Nieren zu prüfen. Am 9. Juli 1907 unterbreiteten die Herren Dr. Herz und Genssen (Demokraten) der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Vergabung von Lieferungen oder von Arbeiten für städtische Rechnung solche Unternehmer nicht zu berücksichtigen, welche das Koalitionsrecht ihrer Angestellten oder Arbeiter beschränken oder beeinträchtigen.“

Der Antrag war ein Ausfluß der Hebe, die damals die hauerischen Großindustriellen gegen die technischen Beamten inzentrierten, als diese sich zu organisieren angingen. Natürlich wurde der Antrag von sozialdemokratischer Seite unterstützt; aber es wurde dabei auch von dem sozialdemokratischen Sprecher hervorgehoben, daß man mit diesem Antrag wohl etwas andere Zwecke verfolgte. Es wurde darauf hingewiesen, welche Verantwortungslosigkeit man bisher den Organisationsbestrebungen der städtischen Arbeiter entgegengebracht hat. Bei Dutzenden von Gelegenheiten habe man die dahingehenden Anregungen und Anträge der Sozialdemokraten einfach unter den Tisch fallen lassen. Um aber die Probe auf das Exempel zu machen, ob es den Herren ernst sei mit ihrem Antrage betr. die Durchführung des Koalitionsrechtes für die städtischen Arbeiter und Unterangestellten, stellte die sozialdemokratische Fraktion damals zum Antrag Herz folgenden Zusatzantrag:

„Ferner erwartet die Stadtverordnetenversammlung, daß die Stadtverwaltung künftig in ihren Regiebetrieben für Fernhaltung jeden Eingriffs in das Koalitionsrecht ihrer eigenen Arbeiter und Angestellten sorgt und überhies jede Gelegenheit ergreift, die Organisation ihrer Arbeiter und Angestellten zur Mitberatung über deren Arbeitsverhältnisse heranzuziehen.“

Nun war es interessant, die Haltung der Herren Freisinn- demokraten zu beobachten. Der Antragsteller Herz erklärte rühmlich: Es liegt gar kein Anlaß vor, den Zusatzantrag der Sozialdemokraten anzunehmen, denn dieser Antrag bezieht sich auf tatsächliche Fälle. Ich bin sehr argwöhnisch, wenn die Herren über städtische Betriebe etwas sagen; mögen diese Betriebe nun „Rohr“-ische Betriebe oder

mögen sie das neueste Karnickel, die Feuerwehr, sein. Und richtig wurde der Zusatzantrag von den Bürgerlichen mit großer Mehrheit abgelehnt und nur der Herz'sche Antrag angenommen.

Da dieser Antrag den technischen Beamten noch nicht präzise genug war, machten sie in diesem Jahre eine erneute Eingabe an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, in der sie darum eruchten, durch Aufnahme entsprechender Klauseln in die Submissionsbedingungen das Koalitionsrecht von Beamten und Arbeitern zu sichern. Die Eingabe wurde dem „Sozialpolitischen Ausschuss“ zur Beratung überwiesen, der sie im Sinne der Petenten beschworwortete und am 27. April darüber berichtete. Wie der Referent dabei mitteilte, ist der Magistrat auch bereit, im Sinne der Eingabe Klauseln in die Submissionsbedingungen aufzunehmen. Vom sozialdemokratischen Sprecher wurde diese Wendung des Magistrats begrüßt. „Wenn aber,“ so führte der betr. Fraktionsredner aus, „der Magistrat den Privatunternehmern bestimmte Verpflichtungen in dieser Beziehung auferlegen will, dann muß er ihnen auch mit gutem Beispiel vorangehen.“ Redner stellte deshalb folgenden Zusatzantrag:

„Im weiteren erwartet die Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat, daß er in Anerkennung und Respektierung des Koalitionsrechtes der Privatindustrie mit gutem Beispiel vorangeht und auch seinerseits dafür sorgt, daß in den eigenen Betrieben den Beamten, Bediensteten und Arbeitern in Wahrnehmung des Koalitionsrechtes seinerlei Schwierigkeiten bereitet werden.“

Wieder zeigte sich nun die zwiespältige Haltung der Freisinn- demokraten. 1907 lehnten sie den Zusatzantrag ab, „weil er sich auf tatsächliche Fälle“ beziehe, die sie nicht nachprüfen könnten. Diesesmal hatten sie die entgegenge setzte Ausrede. Stadtrat Levin hatte erklärt, daß es dem Magistrat vollständig gleichgültig sei, ob jemand einer Organisation angehöre oder nicht. In Ausübung des Koalitionsrechtes würde keinem städtischen Arbeiter Schwierigkeiten gemacht. Diese Versicherung des Magistratsvertreters genigte den Liberalen. Sie erblickten in dem Zusatzantrag ein Mißtrauensvotum gegen den Magistrat und lehnten ihn deshalb ab. Dabei erklärten die demokratischen Sprecher, man möge substantiierte Beweise dafür erbringen, daß städtischen Arbeitern das Koalitionsrecht verkümmert werde. Also 1907 lehnte man den sozialdemokratischen Zusatzantrag ab, weil er sich auf tatsächliche Fälle bezog, diesmal, weil dem Antrag keine tatsächlichen Fälle zugrunde lagen. Wie's halt treift! Dabei trat aus den eigenen Reihen der Demokraten ein aufrichtiger Kritiker auf und erklärte, daß es dem Magistrat durchaus nicht so gleichgültig sei, ob sich die Arbeiter organisieren. Bei der Feuerwehr mache man die größten Anstrengungen, um die Organisationsbestrebungen dieser Leute zu unterbinden. Aber diese und andere Hinweise prallten an der Einheitslosigkeit der Freisinn- demokraten ab. Ihnen war es nur darum zu tun, den technischen Beamten, die zum Teil ihre Wähler sind, Rechnung zu tragen; den Koalitionsbestrebungen der Arbeiter sehen die Herren als kapitalistische Sachwalter fehl, wenn nicht feindlich gegenüber. Nummerhin sollten die städtischen Arbeiter und Unterbeamten aus der Erklärung des Stadtrats Dr. Levin die richtige Nusanwendung ziehen und sich samt und sonders dem Verband der Gemeindegewerkschaft anschließen. Es ist immerhin ein Fortschritt, wenn auch ein kleiner, daß der Frankfurter Magistrat das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter anerkennt und respektieren will. Sache der Arbeiter ist es nun, das Koalitionsrecht auch auszunutzen. Sie sollten sich dabei an den höheren Beamten und Lehrern ein Beispiel nehmen, die -- dank ihrer vorzüglichen Organisationen -- nicht nur ihre Interessen aufs beste zu wahren wissen, sondern auch eine Macht bilden, die Magistrat und Stadtverordnetenversammlung respektieren. Von den städtischen Arbeitern in Frankfurt kann man das leider noch nicht sagen.

Berufs-Verein • Industrie-Verband • Betriebs-Organisation

Als in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts unter der feurigen Agitation Lassalles die deutschen Arbeiter erwachten, entstand neben der politischen fast gleichzeitig die gewerkschaftliche Organisation. Aber bis weit in die siebziger Jahre hinein bestanden die verschiedenartigsten gewerkschaftlichen Gebilde und die Zerissenheit, unter der noch heute zum Teil die deutschen Gewerkschaften leiden, nahm damals unglaubliche Dimensionen an.

Wohl traten einzelne fortgeschrittene Arbeiterführer schon frühzeitig für eine Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte ein, doch fanden sie vorerst nur wenig Widerhall.

Neben den rein beruflichen d. h. politisch neutralen Gründungen der Buchdrucker und Tabakarbeiter entstanden in den sechziger Jahren die von den Eisenachern gegründeten „Internationalen Gewerkschaften“, die „Arbeitervereine“ Lassallescher Richtung, die Hirsch-Punderschen, zahlreiche „lokale Fachvereine“ und einige „Zentralverbände“. Dazu kamen noch „künstlerische“ sowie verschiedene „nationale“ Gewerkschaftsgebilde.

Die ersten größeren Gewerkschaftskämpfe in den siebziger Jahren brachte den deutschen Arbeitern bald das Unhaltbare dieser Kräftezerstückelung zum Bewußtsein, und als sich 1875 in Göttingen die Eisenacher und Lassalleaner zur „Sozialdemokratischen Partei“ einten, fand alsbald eine Gewerkschaftskonferenz statt, die für eine Einigung der gewerkschaftlichen Organisation eintrat.

Das Sozialistengesetz (1878-1890) machte diese Bestrebungen vielfach zunichte, indem die große Mehrzahl der bereits im raschen Aufblühen begriffenen Zentralverbände aufgelöst wurde. So mußte man wohl oder übel zu den „lokalen Fachvereinen“ zurückkehren, an die die Umgebung nicht so leicht heranlangte. Doch bereits in den achtziger Jahren nahmen die Gründungen von „Zentralverbänden“ wieder zu, wozu insbesondere die wirtschaftlichen Kämpfe nötigten.

Der Halberstädter Gewerkschaftskongress 1892 brachte dann den radikalsten Vorschlag der Generalkommission, sämtliche Gewerkschaften gewissermaßen in einer Organisation zu vereinigen unter Vorüberlegung der Berufs-Zentralvereine, die wieder unter sich „Unionen“ bilden sollten. Aber dieser konsequente Vorschlag fand fast gar keine Zustimmung. Die Mannigfaltigkeit der einzelnen Organisationen war schon so groß im inneren Aufbau usw., daß man sich nur für eine „Annäherung der Zentralisationen verwandter Berufe durch Kartellverträge“ aussprach und dort, „wo die Verhältnisse den Industrieverband zulassen, dieser vorzuziehen ist“.

Bis 1907 hat sich dann, allerdings recht langsam, der Konzentrationsprozeß der Gewerkschaften in den Zentralverbänden vollzogen. Eigentliche Industrieverbände bildeten sich nur zwei: Der „Deutsche Metallarbeiterverband“ 1891 und der „Holzarbeiterverband“ 1893.

Gegenwärtig, d. h. seit etwa einem Jahre, steht die Verschmelzung von Zentralverbänden und die Gründung neuer Industrieverbände fortgesetzt zur Debatte in fast allen modernen Gewerkschaften, und im Laufe der nächsten Jahre werden die Bauarbeiter, Lederarbeiter, das Transport- und Verkehrsgewerbe, die Nahrungsmittel-Industrie, die keramischen Industrien, Bekleidung und schließlich auch das graphische Gewerbe zu je einer einheitlichen Industrieorganisation kommen, womit dann — endlich! — eine geschlossene Bilanz gegen die Unternehmer-Organisationen geschaffen ist.

Angeblickt dieser vorliegend skizzierten Entwicklung muß es doppelt merkwürdig erscheinen, wie der Hamburger Gewerkschaftskongress in seiner „Grenzstreitigkeiten-Resolution“ gegenüber unserer Organisation einen Ausnahmezustand proklamiert hat, der mit den sonstigen gewerkschaftlichen Konzentrationsbestrebungen der anderen Verbände im offenkundigen Widerspruch steht.

Alle Argumente, die besonders in letzter Zeit so mannigfaltig und treffend für die notwendige Konzentration der Kräfte angeführt

sind, treffen auch für uns zu, und es wird niemand wenn er die Tatsache objektiv ins Auge faßt — leugnen können, daß wir

der Verband der städtischen Industrien

sind, dem einzig und allein die Organisation der in Gemeindebetrieben Beschäftigten zusteht.

Soweit wirklich Abweichungen in unserem Arbeitsverhältnis gegenüber der Privatindustrie vorliegen, sprechen sie höchstens noch im verstärkten Maße für unsere einheitliche Betriebsorganisation.

Da ist zunächst die Gemeinde als Machtfaktor und Unternehmer viel stärker als die meisten privaten Betriebsunternehmer. Die öffentliche Macht wird zu Kampfeszeiten gegen uns ausgespielt und jede städtische Behörde bildet ein geschlossenes Ganze, das uns bei unseren Forderungen einseitlich gegenübertritt und selbst bei Verhandlungen und Vereinbarungen nur mit einem Kontrahenten — unserer Organisation — rechnet!

Aber mehr noch: Die anderen Verbände können so gut wie gar keinen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter ausüben. Schon weil ihnen die Kräfte dafür fehlen. Sollte für die eingekerkerten „betriebsfremden“ Arbeiter immer der laut Hamburger Resolution in Frage kommende Berufsverband eingreifen, er würde bald selber auf die Zugehörigkeit dieser Mitglieder verzichten! Aber man hat einen famosen Ausweg gefunden: Die Arbeit überläßt man hübsch unserer Organisation! Wir können die Eingaben machen, die Forderungen stellen, die Arbeiterausschüsse mobil machen und gegebenenfalls die Kämpfe führen — die anderen „machen mit“, d. h. sie überlassen uns die Aktion, und ihre Mitglieder dürfen dann teilnehmen an unseren Errungenschaften.

Es ist bezeichnend, daß wir in bezug auf Grenzstreitigkeiten in den letzten drei Jahren viel weniger in Differenzen gerieten mit anderen Verbänden als die letzteren unter sich. Das ist aber unter obigem Gesichtspunkt ganz erklärlich. Bei den anderen Verbänden entstehen außerdem die Differenzen häufig aus Anlaß von Lohnbewegungen, wobei man oftmals verschiedener Meinung über Inhalt, Zeitpunkt, Höhe der Forderung usw. ist. Das scheidet aber für uns gänzlich aus, weil man uns „neidlos“ sämtliche Aktionen überläßt!

Unsere Vertrauensleute werden oft genug von der Verwaltung gemahregelt. Um dem zu entgehen, treten manche „ganz einfach“ zeitweilig oder auch dauernd „ihrem“ Berufsverband bei. Auf einmal sind sie gebildet, haben weniger Schikanen oder sonstige Nachteile zu befürchten und — sind doch modern organisierte Arbeiter! Wir wissen zahlreiche Beispiele aus Berlin, Bremen, Frankfurt a. M. usw. Das sollte mindestens zu denken geben.

Kommen sozialpolitische Bestimmungen in Frage oder treten andere oftmals verzwickte liegende „Fälle“ ihrer Mitglieder in Gemeindebetrieben an die Berufsverbände heran, so schickt man „ganz selbstverständlich“ diese Kollegen in unsere Bureaus, wie wir das in Berlin und anderwärts oft genug erleben. Das letztere soll durchaus kein Vorwurf sein; es ist schließlich noch die beste Art der Auskunft, und wir haben uns nie gestäubt, Auskunft zu geben, Schriftsätze anzufertigen, den Arbeiter-Ausschuß in Bewegung zu setzen usw. — aber merkwürdig bleibt diese etwas einseitige Art doch, mit der wir geben sollen und andere nehmen wollen.

In die verflochtenen Pfade der kommunalen Politik sich einzuarbeiten, ist allerdings mühsam genug. Das trifft natürlich auch für unsere Funktionäre zu, ganz gleich, ob sie jahrelang in einem städtischen Betrieb selber gearbeitet haben und den übrigen 12 bis 15 anders gearteten Betrieben fernstanden, oder ob sie aus anderen Reihen zu uns gekommen sind. Auch die sozialdemokratischen Gemeinderäte bedürfen außer der notwendigen kommunalpolitischen Letztur des fortgesetzten Kontaktes mit unserer Organisation, sollen sie ihren Pflichten als Arbeitervertreter voll gerecht werden. Sie konnten sich auch — das

leuchtet ohne weiteres ein — unmöglich mit 20 bis 30 Gewerkschaften in Verbindung setzen, die andernfalls in Frage kämen. Daber sind gerade die längere Zeit in der Gemeindevertretung tätigen Genossen fast durchweg von der Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation aller Gemeindegewerkschaften überzeugt.

Und schließlich: die Zweckmäßigkeit. Welche Interessen hat ein Gasanstaltsmaler, ein Zimmerer auf dem Viehhof, ein Schlosser oder Schmied auf dem Wasserwerk, ein Maler im Krankenhaus mit seinen Berufskollegen in der Privatindustrie gemeinsam? Gar keine! Seine Lohnbewegung, seine Arbeitszeit, seine Abwehr gegen schlechte Behandlung — alles hängt von unserer Organisation ab und nicht vom Berufsverband!

Unsere Organisation hat die unbestrittene Aufgabe, die Gemeinde- und Staatsbetriebe zu mustergültigen Institutionen für die Arbeiter umzugestalten.

Noch sind wir freilich weit von diesem Ziel entfernt, denn — das wissen wir sehr genau zu würdigen — die gegenwärtigen sozialpolitischen Einrichtungen sind fast durchweg unter dem Gesichtspunkt der Arbeiterfesselung zu bewerten. Aber diese Einrichtungen sind ausbaufähig oder sie können im Sinne unseres Programms umgestaltet werden. Dazu bedarf es allerdings noch enormer Wachstumsleistung unserer Organisation!

Mit Stolz blicken wir am fünften Verbandstag auf über 30 000 Streiter, die in unserem Verbande organisiert sind. Unsere nächste Aufgabe wird vielerorts leider noch darin bestehen, erst einmal die Löhne der Privatindustrie zu erringen. Aber wir sind jung, und welche Organisation kann alles in allem größere Erfolge aufweisen innerhalb 12 Jahren?

Darum zweifeln wir auch nicht daran, daß wir einmal die Pioniere der deutschen Arbeitererschaft werden können, weil die Vorbedingungen dafür gegeben sind.

Ringt sich gegenwärtig in der deutschen Gewerkschaftswelt der Gedanke immer mehr durch, daß große geschlossene Industrieverbände billiger in der Verwaltung, leistungsfähiger in Kampf und Unterstützung, kurz zweckmäßiger für die beteiligten Arbeiter sind, so soll man sich dieser Erkenntnis auch uns gegenüber nicht verschließen, uns mit dem gleichen Maße messen und den Absatz 4 und 5 der Hamburger Grenzstreitigkeits-Resolution fallen lassen.

Dadurch werden wir schneller zu unseren Zielen gelangen und damit zu mustergültigem Wirken für die gesamte deutsche Arbeitererschaft.

Emil Dittmer.

Der Klassenkampf und die „Christlichen“ Gewerkschaften.

„Stelle dich nicht zum Gewaltigen und Reichen; du ladest sonst eine schwere Last auf dich. Was soll der irdene Lohf bei dem ehernen Lohf? Denn wo sie einander stoßen, so zerbricht er. Der Reiche tut unrecht und troht noch dazu; aber der Arme muß leiden, und dazu danken.“
Jesus Sirach Kap. 13.

Einiger der meistgehörten Vorwürfe der christlichen Gewerkschaften uns gegenüber ist der, daß wir einen „Stand“ gegen den anderen „Stand“, Arme gegen Reiche aufhetzen, daß wir „Klassenkämpferisch“ seien, wobei wir dann die eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben vergessen, zum mindesten hintansetzen. Die guten Leute glauben oder geben wenigstens an zu glauben, wir suchen den Kampf der Klassen herbeizuführen, um so einen erträglicheren Boden für unsere „sozialdemokratische Verbeugung“ zu schaffen. Das ist nun durchaus nicht der Fall. Die freien Gewerkschaften sehen in dem Kampf der Klassen eine unabwiesbare Folge unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wir sehen in dem Klassenkampf nichts Gewolltes, sondern eine durch die wirtschaftliche Entwicklung gegebene Notwendigkeit. Die „Christlichen“ wie überhaupt die gegnerischen Gewerkschaften lehnen den Klassenkampf ab, für sie gibt es — natürlich immer nur theoretisch, praktisch sieht die Sache ganz anders aus — nur ein „Streben des Arbeiterstandes nach Gleichberechtigung“ im heutigen Staate, und zwar unter ausdrücklicher Betonung des Grundsatzes, daß die heutige Gesellschaftsordnung, die ja die „christliche“ sein soll, erhalten bleiben müsse. Das ist durchaus konsequent, denn die Ablehnung des Klassenkampfes hat naturgemäß die Anerkennung der heutigen Produktionsweise im Gefolge. Es bleibt nur die Bekämpfung der „Auswüchse“ der heutigen Gesellschaftsordnung übrig. Sind diese durch die frühkorporative Arbeiterbewegung beseitigt, dann haben wir die Neugeburt der Gesellschaft, in der es allen wohl ergeht: Kapitalisten, Junker, Beamte, Handwerker, Arbeiter, Dienstboten usw.

Daß es eine solche Gesellschaft nie geben wird, nie geben kann, liegt auf der Hand. Das Vorhandensein verschiedener Klassen bedingt immer wieder Kampf. Nur durch die Aufhebung der Klassen verwindet der Klassenkampf, was wiederum nur durch die Vergeistlichung der

Ein Rundgang durch Dresden.

Gewidmet den Verbandstagsdelegierten.

Einem bevorzugten Lage wegen zu beiden Seiten der Elbe, rings von Höhenzügen umgeben, bietet Dresden ein prächtiges Städtebild. Aber auch seine weltberühmten Kunstschatze üben eine große Anziehungskraft aus. Dresden ist deshalb alljährlich das Reiseziel vieler Fremden. Gar mancher der Kollegen, welche zum 5. Verbandstag nach unserem Elbflorenz kommen, haben von den Reizen Dresdens gewiß schon viel gehört; leider noch nichts gesehen. Es dürfte deshalb angebracht sein, mit den Kollegen im Geiste einen Rundgang zu unternehmen und so die wichtigsten Sehenswürdigkeiten zu schildern. Ehe wir jedoch unsere Wanderung antreten, seien einige geschichtliche Daten vorbemerkelt.

Als Stadt wird Dresden urkundlich 1216 zuerst erwähnt und ist seit dem Jahre 1185 ständig die Residenz der sächsischen Fürsten geblieben. Schwere, sturmbelegte Zeiten hat es unter ihnen durchgemacht. Es sei nur an die Napoleonischen Kriege 1812/13 und an die Revolutionszeit 1848/49 erinnert. Dresden ist die Geburtsstadt berühmter Männer, so des Dichters Theodor Körner, des Schriftstellers Gustav Rietin, des Malers Ludwig Richter und anderer. Hier verlebte auch unser großer Dichter Schiller bei seinem Freunde Theodor Körner zwei Jahre (1785/87) und hier wirkte der berühmte Architekt und nachmalige Barrakadenbaumeister Gottfried Semper; auch Richard Wagner, der große Musiker, war längere Zeit hier tätig.

Die moderne Arbeiterbewegung fand schon früh in Dresden eine Stätte und treue Anhänger. Denn Sachsen ist ein schon lange Zeit industriell hoch entwickeltes Land. Bereits 1848 wurden in Sachsen 235 978 Industriearbeiter gezählt. Die Reaktionsperiode jedoch, die nach der Revolution in den fünfziger Jahren einsetzte, machte allem, was irgendwie einer Arbeiterbewegung ähnlich sah, den Garaus. Doch nicht für immer. Neues Leben blühte aus den Ruinen, und heute sind dem Dresdener Gewerkschaftsstand 42 527 Mitglieder angeschlossen und auch in der politischen Bewegung stellt die sächsische Residenz voll und ganz ihren Mann.

Doch jetzt auf zum Rundgang:

Den Hauptbahnhof nehmen wir als Ausgangspunkt. Hier mündet die Hauptverkehrsader, die Pragerstraße ein. Sie bietet außer den vielerlei Geschäftsläden nichts besonderes. Deshalb gehen wir einige Schritte nach rechts durch die Lüttichaustraße. Auch diese selbst weist keine Besonderheiten auf, es müßte denn sein, man rechnet die in fast jedem Hause sich befindlichen vornehmen Fremdenpensionen dazu. Doch diese Straße führt uns am schnellsten zum Ziele. Sie mündet aus in den Anlagen der Bürgerwiese, und wir bekommen gleich hier einen kleinen Vorgeschmack von der Dresdener Gartenkunst. Die Anlagen der Bürgerwiese bilden gewissermaßen die Fortsetzung des im Südost gelegenen „Großen Gartens“. Dieser herrliche Park, angelegt im Jahre 1676, mit seinen Teichen, Pavillons und alten prächtigen Eichen und Lindenbäumen, verdient oft besucht zu werden.

Wenn wir den Weg von der Bürgerwiese nach links wandern, kommen wir zum Georgplatz. An der rechten Seite ist

Produktionsmittel (Ländereien, Fabriken, Bergwerke usw.) erreicht wird.

Wenn sich nun insbesondere die „Christlichen“ eine Wirtschaftstheorie zurechtlegen, so mag diese noch so widerspruchsvoll und verworren sein, in einem Punkte wird sie mit allen anderen bürgerlichen Theorien übereinstimmen müssen, und das ist die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Und selbst da geraten sie in einen Widerspruch. Können sie wirklich die kapitalistische Gesellschaftsordnung als die allein richtige und vernünftigste anerkennen? Kann es wirklich keine vollkommene, höherstehende Wirtschaftsordnung geben? Hat die Entwicklung mit dem heutigen Wirtschaftssystem wirklich ihren Höhepunkt erreicht? Und nicht zu vergessen: Sind dann in den kapitalistischen Staaten etwa die christlichen Grundzüge in der Ökonomie, Verwaltung und Gesetzgebung maßgebend? Wird jenes Staatsgebilde, in dem die Grundlehren des Christentums durchgeführt sind, nicht ganz anders aussehen müssen als unser heutiges Staatsgebilde? Diese Fragen richtig zu beantworten, heißt die ganze Hohlheit darlegen, die der Wirtschaftsauffassung der „Christlichen“ und der anderen gegnerischen Gewerkschaften eigen ist.

Wer den kapitalistischen Staat stützt, muß auch dessen Auswüchse in Kauf nehmen. Wollen das die christlichen Gewerkschaften tun? Wenn ja, dann bleibe man zu Hause hinterm Dien sitzen und suche nicht die Arbeiter in Gewerkschaften, in „Kampfbereinigungen“ zu sammeln; wenn nein, dann kann es ohne Kampf nicht gehen, und dieser Kampf wird sich nicht gegen die Auswüchse allein, sondern gegen den Kapitalismus selbst richten müssen. Und so ist es in der Praxis. Die Unternehmer werden die christlichen Forderungen nie anders behandeln als die sozialdemokratischen, sobald sie den kapitalistischen Interessen widersprechen. Arbeit und Kapital stehen sich gegenüber. Wohin wollen die christlichen Gewerkschaften?

Ob sie wollen oder nicht, die christlichen Gewerkschaften werden praktisch den Klassenkampf mitmachen müssen, ob sie ihn auch theoretisch noch so viel schmäheln. Sie werden sich dieselben Mittel bedienen müssen wie wir, sie müssen sich mit den Waffen vertraut machen, denen die freien Gewerkschaften in der Hauptsache ihre Erfolge verdanken.

Warum nun aber alle die Widersprüche? Des Rätsels Lösung ist die: die christlichen Gewerkschaften sind Werkzeuge

in der Hand einer bestimmten politischen Partei, ihr das proletarische Gefolge zu sichern. Die Partei — das Zentrum — an sich ist reaktionär, konservativ bis auf die Knochen, d. h. arbeiter- und volksfeindlich zugleich, wie dies insbesondere im Reichstag bei zahlreichen Abstimmungen in die Erscheinung tritt. Der politische Konservatismus der Partei sucht zum Einseitigen der katholischen Arbeiter eine Art Korrektiv in einer radikalen Auffassung des Wirtschaftslebens, welche Übung den christlichen Gewerkschaften zugeteilt wurde. So kommt es, daß die christlichen Gewerkschaftsführer keinen Boden unter den Füßen haben, da sie zwei Seelen in einer Brust verwahren; politisch sind sie reaktionäre Konservative und daher arbeiter- und volksfeindliche Zentrumsmänner, gewerkschaftlich demokratisch fortschrittliche, die Schlot- und Krantjunfer bekämpfende Volkstribunen. An diesem Widerspruch müssen sie und die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung Schiffbruch erleiden.

Wir Gemeinde- und Staatsarbeiter leiden im selben Maße unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wie alle anderen Arbeiter. Die Sozialpolitik der Stadtgemeinden kann darüber nicht hinwegtäuschen. In Nr. 29 der „Stom. Praxis“, Jahrg. 1906, schrieb ich: „Der Klasseninstinkt der die Stadtverwaltungen beherrschenden Bourgeoisie wird in keinem Falle den städtischen Arbeitern Rechte zugestehen, die der Arbeiterklasse im allgemeinen zugestehender herrschenden Gesellschaft aus Klasseninteressen nicht einräumt, wenn anders sie sich nicht ihrer Herrschaft begeben will.“ Die Zeit nach unserem letzten Verbandstage in Mainz hat das Zutreffende dieses Satzes erneut bewiesen. Der Einfluß proletarischer Elemente vermag besonders in dem durch bessere Wahlgesetze begünstigten Süddeutschland den Klassenkampf auf den Rathäusern etwas mildern, ihn in eine konziliantere Form bringen, im übrigen wird es aber dabei bleiben, daß die Stadtverwaltungen Glieder unseres heutigen kapitalistischen Systems sind, das zu brechen unsere Aufgabe des Gesamtproletariats ist. Darüber gibt es keinen Zweifel: Auch unser Dresdener Verbandstag wird unter dem Zeichen der Notwendigkeit des Klassenkampfes stehen! In diesem Bewußtsein werden wir versuchen, unsere Organisation auszubauen. Ueber das Tagesbedürfnis hinausgehend, werden wir unsere Beschlüsse fassen, zum Vorteile unseres Verbandes, zum Wohle der gesamten Gemeindearbeiter, aber auch zur Förderung des Klassenkampfes!

Meln.

Heinrich Schäfer.

da die im gotischen Stile erbaute Schule „zum heiligen Kreuz“ bemerkenswert. Davor steht das Standbild des Dichters und Freiheitskämpfers Körner. Geradeaus erhebt sich vor uns der monumentale Prachtbau des feiner Vollendung entgegengehenden Rathauses mit seinem gewaltigen himmelanstrebenden Turm. Das Gebäude soll mit seinen massigen Formen gewissermaßen die Größe und Kraft der Stadt versinnbildlichen. Die widersprechendsten Meinungen sachkundiger Männer sind über diesen Bau geäußert worden. Wir wollen uns in den Streit nicht hineinmengen, hoffen vielmehr, daß von dem neuen Gebäude auch ein neuer moderner Geist in der Sozialpolitik ausgehen möge!

Noch weiter an dem neuen Rathause auf den Alleen, die an Stelle der alten Befestigungswerke den Stadtkern umgeben, nach links. Da sehen wir hinter einigen modernen Bauten (Bank- und Sparkassengebäude) ein Stück Alt-Dresden auftragen: Die Kreuzkirche! Sie hat manchen Sturm erlebt und ist verschiedentlich, zuletzt 1897, von verderbenden Feuersbrünsten heimgesucht worden. Wieder einige Schritte nach links und wir stehen auf dem Altmarkte, dem Mittelpunkt der Stadt. An der linken Seite steht das alte Rathaus, erbaut 1741/45. Rückwärtig haben wir einen schönen Blick nach der Kreuzkirche. Ueber den Altmarkt, durch einige enge Gassen, in denen manch ehrwürdiges Bürgerhaus steht, nach dem Neumarkt. Hier fesselt uns der imposante Bau der Frauenkirche. Ganz aus Sandsteinquadern, ist sie in den Jahren 1738 von dem damaligen Ratszimmermeister Georg Bär erbaut als ein Muster- und Meisterwerk evangelischer Kirchenbaukunst. Als im siebenjährigen Kriege 1760 die bei aller Größe doch anmutig gewölbte Kuppel bombardiert wurde, da bewahrte sich das

Werk des jungen Ratszimmermeisters aufs beste; ohnmächtig prallten die Kugeln am Steinpanzer der Kuppel ab. Das Innere der Kirche bietet für zirka 5000 Personen Raum.

Vorbei an einigen recht alten malerischen Häuschen kommen wir zum östlichen Ausgang der Brühlischen Terrasse. Zur Zeit August des Starken befand sich an der Stelle des heutigen Ständehauses das Palais des Grafen Brühl. Dieser hatte auf den damaligen Festungswällen einen Garten angelegt, die heutige Brühlische Terrasse, „der Balkon Europas“ wird sie oft mit Recht genannt. Hat man doch von hier aus den unergleichlich schönen Anblick eines prächtigen Stadtbildes. Die Welt tut sich gewissermaßen auf! Staunend stehen wir, ob all der Herrlichkeiten, die sich unserem Auge in verschwenderischer Pracht darbieten. In einem entzückenden Bild vereinigt sich Elbstrom und Stadt.

Elbauwärts entrollt sich unseren Blicken das rechte Elbufer mit den Hängen der Loschwitz Höhen; dahinter der Höhenort „Weiher Hirsch“, mit dem weltberühmten Kadmann-Sanatorium. Dieses von der zahlungsfähigen Menschheit stark besuchte Institut liegt eingebettet in der Dresdener Heide, deren Waldmeer schweigend zu uns herüber grüßt. Elbauwärts ruht der Blick auf den lieblichen Höhen der Pöhnitz, dem sächsischen Nizza. Bekannt durch seine Erdbeer- und Spargelplantagen.

So sind wir am westlichen Ende der Terrasse angelangt. Ebe wir die breite Freitreppe hinabsteigen, werfen wir links einen kurzen Blick auf das von Wallot erbaute Ständehaus, der Wirkungsstätte des sächsischen Klassenparlaments!

Zur rechten Seite bemerken wir, daß ein altes Wahrzeichen Dresdens und zugleich ein berühmtes Bauwerk der unaufhaltamen

Unsere Internationale.

Soll die Arbeiterverbrüderung kein leerer Wahn bleiben, dann müssen wir versuchen, Verbindungen mit unseren Massengenossen in anderen Ländern herzustellen. Uns können weder Grenzpfähle noch sonstige Schranken trennen. Feinde der Arbeiterschaft sind nicht die verschiedenen Völker zueinander, sondern die Ausbeuter unserer Arbeitskraft. Auch sie fragen nicht nach Landesgrenzen, sondern mühen die Arbeiter aus, wo und wie sie können. Bei unserem Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen spielt man die Arbeiter der einzelnen Nationen nach Gutdünken aus. Lohnbewegungen will man dadurch illusorisch machen, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander gehet und sie als Arbeitswillige von einem Lande zum anderen verschickt werden.

Jeder Stand pflegt heute internationale Verbindungen. Seitens der organisierten Arbeiterschaft wird heute schon internationale Solidarität geübt. Wenn es hier und da noch daran mangelt, so hat das seinen Grund in der ungenügenden Aufklärung der Massen. Die besser situierten Kreise gehen hier mit Beispielen voran. Sie begünstigen den internationalen Verkehr auf breiterer Grundlage. Warum sollten nun gerade die Arbeiter in Nationalitätenhaß und Chauvinismus machen, und sich Schaden in ihrer Existenz zufügen?

Für die Arbeiter öffentlicher Betriebe stehen die gleichen Interessen auf dem Spiel, wie für die gesamte Arbeiterschaft. Die Stadtverwaltungen verständigen sich über Einrichtungen und Verhältnisse in anderen Ländern, übernehmen die technischen Fortschritte, wo sie nur herkommen, das Proletariat aber behandeln sie zumeist als Achenbrödel. Gatten wir doch schon zu den verschiedensten Zeiten Gelegenheiten, zu beobachten, wie billige Arbeitskräfte des Auslandes auch für städtische Arbeiten übernommen wurden. Bei Arbeitsniederlegungen in öffentlichen Betrieben hat man selbst dazu gegriffen, technisch gut ausgebildetes Personal nach den stillgelegten Betrieben des Auslandes zu verpflanzen.

Diese Tatsache gab den Arbeitern öffentlicher Betriebe Veranlassung, auch ihrerseits internationale Verkehr herzustellen. Die ersten Annäherungsversuche wurden im Jahre 1908 gemacht. Die schriftlichen Beziehungen führten zu mündlichen Ansprachen auf Kongressen der verschiedenen

Brüderorganisationen. Unser dritter Verbandstag sowohl wie auch der vierte in Mainz, die Kongresse der Gemeindearbeiter in Holland von 1906 und der dänischen Arbeitermänner von 1906 hatten internationale Gäste. Auf diesen Tagungen wurden die ersten Grundsteine zu einer feierlichen internationalen Verbindung gelegt. Im Jahre 1907 wurde im Anschluß an den internationalen Kongress in Stuttgart die erste internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe abgehalten. Sechs Nationen hatten dem Ruf Folge geleistet. Das Resultat der Verhandlungen war die Schaffung eines internationalen Sekretariates mit dem Sitz in Berlin.

Die praktische Verwirklichung dieses Gedankens ist aber nicht leicht durchführbar. Viele Länder haben für die Arbeiter öffentlicher Betriebe noch keine entsprechenden Organisationen. In manchen Staaten sind solche Gewerkschaften noch in den ersten Anfängen, überall aber werden diese Bewegungen von den Machthabern scharf bekämpft. Die Degeneration der Arbeiterschaft treibt besonders in Südeuropa noch sonderbare Pläne. Da fehlt jedes zielbewußte Vorgehen. Wohl sind viele Anfänge gewerkschaftlichen Strebens zu verzeichnen, aber keine traße Organisation.

Es ist daher nur zu erklärlich, daß dort, wo die Organisation überhaupt noch stark im argen liegt, an Verbindungen auf internationaler Basis nicht gedacht wird. So erklärten für das Jahr 1908, als dem ersten Jahre des Bestehens unseres Internationalen Sekretariats, nur fünf Landesorganisationen ihren Beitritt. Das Haupt bildet zurzeit Deutschland. Angegeschlossen sind ferner der Gemeindearbeiterverband von Holland, der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband für die Schweiz, die Abteilung der Arbeiter öffentlicher Betriebe vom Arbeitsmännerverband in Schweden sowie der Beleuchtungsarbeiterverband in Ungarn. Mit Jahresanfang 1909 schlossen sich weiter an der kommunale Arbeiterverband von Dänemark sowie der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband von Oähmen. Gegen 3000 im dänischen Arbeitsmännerverband organisierte Kollegen, vorwiegend Gasarbeiter, halten mit uns lose Beziehungen, sind dem Sekretariat jedoch nicht beigetreten, weil sie sich der allgemeinen Arbeitsmänner Verbrüderung angeschlossen haben. Seitens der Franzosen sind die Beratungen über den Anschluß noch nicht zu Ende geführt. Auf dem Verbandstage in Mainz haben sie zwar versprochen, mit zutun, ihre Worte fanden aber keine Verwirklichung, da sie in

Entwicklung seinen Tribut zollen mußte. Die Jahrhunderte alte Augustusbrücke ist nicht mehr! Eine neue Brücke, die den heutigen Verkehrsansforderungen besser entspricht, tritt an ihre Stelle. Sie soll möglichst dem bisherigen architektonischen Bilde nachgeahmt werden.

Vor uns, am Fuße der Terrassentreppe, erhebt sich schlank und grazios die katholische Hofkirche. Der Italiener Chiaveri hat hier in den Jahren 1737/54 ein Meisterwerk geschaffen. Von ihren reichen Bildhauerarbeiten seien nur erwähnt 78 überlebensgroße Standbilder von Aposteln und sonstigen Heiligen. In den unterirdischen Räumen der Kirche stehen die Sarkophagen einer großen Zahl sächsischer Fürsten. Die linke Seite des Schloßplatzes nimmt das Georgentor ein. Obgleich eine bauliche Lebenswürdigkeit, bildet es doch ein arges Verkehrshindernis.

Zwischen Schloß und katholischer Kirche hindurchgehend, gelangen wir auf den Theaterplatz. Hier liegen die Dresdener Kunsthallen, das Opernhaus und der Zwinger. Die ganze linke Seite des Platzes nimmt das Gebäude der weltberühmten Gemäldegalerie ein. In langen Sälen sind hier die unvergänglichen Schöpfungen der Sizian, Rembrandt, Raphael usw. untergebracht. Etwa 3000 Werke der Maler fast aller Nationen legen Zeugnis ab von dem Entwicklungsstadium der Malerei. Ein Prunkstück von unschätzbarem Wert, ein Heiligtum für sich, ist die sizianische Madonna von Raphael.

Durch das Tor des Galeriegebäudes kommen wir in den Zwingerhof. „Einen Festsaalbau unter freiem Himmel“ hat man ihn genannt. Die ganze Anlage des Zwingers war ursprünglich bestimmt für die höflichen Lustfahrten des prachtliebenden, läppigen August des Starken, des nachmaligen Polenkönigs. Dieser sächsisch-

Fürst war in seinem Lebenswandel sicher ein sehr bedenklicher Herr. Doch das eine Gute hat er getan, er hat seinen Baumeister Daniel Pöppelmann mit der Erbauung des Zwingers ein Werk schaffen lassen, um das heute noch Dresden beneidet wird.

Auf der entgegengesetzten Seite des Theaterplatzes liegt, direkt am Strome, Helbig's weit bekanntes „Italienisches Dörfchen“. Hier genießen in warmen Sommernächten Fremde und Einheimische den Zauber, direkt am Wasser sitzen zu können.

Und nun, zum würdigen Beschluß unserer Wanderung, wollen wir der Neustadt einen kurzen, aber lobenden Besuch abstatten. Ueber die Silsbrücke und durch die große Meißnerstraße erreichen wir unser Ziel, das Japanische Palais, dessen grüne Dächer wir schon von der Terrasse bemerkten. Zurzeit ist in ihm die königliche öffentliche Bibliothek untergebracht. Die Anhöhe mitten im anliegenden Garten ist es, die den Besuch so außerordentlich lobend macht. Genießen wir doch von hier einen wunderbaren Blick auf die ganze Stadt. Ruhig und stolz ragen sie auf, die Türme Dresdens: Frauenkirche, Kreuzkirche, dazwischen der neue Rathhausturm, Schloßurm und katholische Hofkirche und zuletzt das Opernhaus! Vor uns der Elbstrom mit seinem geschäftigen Leben am Kai und im Packhof. Weiter rechts spannt die Marienbrücke ihre Bogen, rasselnd Eisenbahnzuge herüber und hinüber, und darüber hinaus grühen von den Höhen freundliche Dörfer.

Unauslöschlich prägt sich dies Bild ein. Gewaltig ragen wir uns los. Wir gehen durch den Garten zurück über die Marienbrücke nach der Altstadt und nach wenig Schritten sind wir im Dresdener Volkshaus, dem eigenen Heim der Dresdener Arbeiterschaft.

R. Preißler.

sich noch nicht genügend gefestigt sind. Schriftlichen Verkehr unterhalten wir auch mit den aufkeimenden Bewegungen in Italien, Finnland und Rußland sowie mit den in England und Norwegen in Frage kommenden Verbänden. Erstere sind ziemlich umfang- und einflußreich, es fehlen jedoch noch engere Beziehungen zum Internationalen Sekretariat; letztere gehören dem dortigen allgemeinen Arbeitermännerverband an. Neuerdings ist auch ein Anschluß von Belgien in die Wege geleitet.

Die Organisationen der verschiedenen Länder beruhen auf zweierlei Grundlagen. Für Belgien, Böhmen, einen Teil der dänischen Kollegen, Deutschland, Frankreich, Holland, Schweiz und Ungarn, auch für einzelne Vereine in Oesterreich kommen da als Gewerkschaften spezielle Vereinigungen städtischer und staatlicher Arbeiter in Betracht. Sie haben also unsere Organisationsform. Eine Anzahl der Arbeiter in öffentlichen Betrieben in Dänemark sind dem allgemeinen Arbeitermännerverband angeschlossen, in Norwegen und Schweden gehören sie nur diesem an. Ein Teil der Oesterreicher bilden ein Glied des dortigen Transportarbeiterverbandes. Sie sind hier also Unterabteilungen des Gesamtverbandes.

Die angeschlossenen Organisationen repräsentierten am 1. Januar 1909 zusammen 46217 Mitglieder in 7 Verbänden. Davon entfallen auf Böhmen 210, Dänemark 1987 männliche und 305 weibliche, Deutschland 28692 männliche und 624 weibliche, Holland 450 männliche und 50 weibliche, die Schweiz 1700 und Schweden 6729 Mitglieder. Der Beleuchtungsarbeiterverband in Ungarn gilt zurzeit als aufgelöst. Seine Mitglieder sind durch den verstorbenen Streik der Beleuchtungsarbeiter in Budapest in alle Winde zerstreut. Außerdem machen die Behörden bei der Ausübung des Koalitionsrechtes viel Schwierigkeiten. Man hat das Verbandsbureau einfach behördlich geschlossen und unter Siegel gelegt. Anderen Verbänden ist es ähnlich ergangen. Hier zu Lande ist das Koalitionsrecht nahezu in die Willkür der Polizei gegeben. Kein Wunder also, wenn die Bewegung nicht vorangeht. Neuerdings beginnt sie trotzdem wieder aufzuleben.

Das wäre demnach das Bild von unserer Internationalen. Ist es auch vorläufig noch nicht besonders umfassend, so sind doch die ersten Anfänge internationaler Verbindung gemacht. Im nächsten Jahre wird kurz vor Abhaltung des internationalen Arbeiterkongresses in Kopenhagen unsere zweite internationale Konferenz tagen. Hier sollen Grundlagen geschaffen werden zu gegenseitiger Unterstützung bei Lohnkämpfen, eine weitere Klärung über Koalitions- und Streikrecht der städtischen und staatlichen Arbeiter erfolgen und die Bande der internationalen Solidarität enger gezogen werden. Zurzeit wird ein Austausch statistischer Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern vorbereitet, worüber im Laufe des Jahres noch weitere Orientierung erfolgt.

Augenblicklich fehlen allerdings die weiter sichtbaren Vorteile unserer Internationale, in Zukunft werden sich diese aber gleichfalls zeigen. Haben wir doch schon selbst das erhebende Gefühl gehabt, unsere ausländischen Kollegen vor Streikbrechern aus unserem Lande zu bewahren. Es gibt eben überall noch Menschen, die den Wert ihres Handwerks nicht ermessen können und infolgedessen ihre Arbeitsbrüder in ihrer Einnahme schädigen. Die Montierung dieser Tatsache muß uns Grund genug sein, in der Aufklärungsarbeit und Erziehung zur Übung von Solidarität nicht zu erlahmen. Wollen wir deshalb alle dazu beitragen, unseren armen Feind, den Unverstand der Massen, im weiten Maße auszurotten.

A. W.

Ein Rückblick auf Groß-Berlin.

Berlin hat die Wiege unseres Verbandes gestanden. Die Geschichte der jetzigen Zentrale Groß-Berlin fällt deshalb im ersten Jahre mit derjenigen des Verbandes zusammen. Witten in dem wilden Streik eines Teiles der Berliner Gasarbeiter wegen des 18tägigen Schichtwechsels im September 1896 löste sich die lokale „Vereinigung der Berliner Holz- und Möhlenarbeiter“, welcher circa 60-70 Mann der Streikenden angehörten, auf, um dem „Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Möhlenplätzen und sonstiger Arbeitsleute“ Platz zu machen. Nicht so lang wie der fürchterliche Name dieses Vorläufers unserer Organisation war jedoch sein Leben. Schon ein Jahr später geschah durch friedliche Auseinandersetzung der Hebertritt der Holz- und Möhlenarbeiter in den Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband, und erst jetzt erfolgte recht eigentlich die Grundsteinlegung der Organisation für die kommunalen Industrien, indem durch Urabstimmung vom 15. September 1897 der zurückbleibende größere Teil des alten Verbandes den Namen „Verband der Arbeiter in Gasanstalten und in anderen städtischen Betrieben“ annahm.

Noch vor Ablauf des Jahres 1896 konnten die ersten Verwaltungsstellen in Charlottenburg, Schöneberg, Hirdorf und Schmargendorf begründet werden. Bald war auch ein Erfolg der jungen Bewegung zu verzeichnen, indem im Frühjahr 1897 die Bewilligung der Arbeiterausschüsse für die Berliner Gasanstalten herauskam. Am 17. Oktober desselben Jahres erklärten nach einem Referate des damaligen Verbandssekretärs Boersch die Manalisationsarbeiter ihren Anschluß an den Verband.

Da plötzlich wurde der Organisation der erste Schlag versetzt. Der Charlottenburger Magistrat, der wohl das Erwachen des Solidaritätsbewußtseins der städtischen Arbeiter im steine kritischen wollte, maßregelte den Vorstehenden und den Schriftführer der dortigen Verwaltungsstelle. Und fast wäre dieser Niederknüttelungsversuch geglückt; denn es bedurfte eines energischen Appells des Verbandsvorstandes in der „Gewerkschaft“, um die Wankmütigen wenigstens zum Teil wieder aufzurichten. In Schöneberg war der Zusammenbruch leider nicht aufzuhalten; denn zu der Maßregelung der leitenden Personen traten noch persönliche Differenzen innerhalb der Zentrale selbst.

Einen ganz besonderen Aufschwung brachte das Jahr 1898. Die Arbeiter der Berliner Wasserwerke in Berlin, Friedrichshagen, Zegal, Vichtenberg, der Marktballen, des Schlacht- und Viehhofes, des Holz- und Möhlenplatzes, die Desinfektoren, die Laternenwärter traten dem Verbands bei. Freilich fehlte es auf Seiten der Stadtverwaltung nicht an Versuchungen, der Arbeiterchaft das Koalitionsrecht streitig zu machen. In Friedrichshagen wurde der Zentralvorstehende aufs Pfahle geworfen, die Manalisationsbetriebsleitung zeigte nicht minder Neigung zu solchen Zwangsmaßnahmen. Trotzdem waren diese Gewalttätigkeiten nur ein Schlag ins Wasser.

Nachdem bereits im August eine kombinierte Sitzung der Zentralvorstände Berlins einen losen Zusammenhang hergestellt hatte, fand schon am 11. Oktober eine allgemeine Versammlung aller Berliner städtischen Arbeiter statt, um die Kollegen der Manalisationswerke bei ihren Differenzen mit der Verwaltung der Solidarität der Gesamtheit zu vertheidigen. Dem mußte ganz natürlich eine größere organisatorische Konsolidation folgen, die dann auch in der am 1. Dezember 1898 erfolgten Bildung eines Ausschusses der Berliner Zentrale Ausdruck fand. Als ein Resultat der Bewegung sei hier der im gleichen Monat herausgekommene Gemeindebericht der Stadt Berlin erwähnt, welcher die Unfallversicherung aller Gemeindegewerkschaften anordnet.

Ein kritisches Jahr war im Berliner Verbandesleben das Jahr 1899. Nicht etwa wegen der weiteren Maßregelungen; solche von Unternehmermentalität diktierten Streiche, wie sie wiederum im Wasserwerk Friedrichshagen und auch

Unsere Internationale.

Soll die Arbeiterverbrüderung kein leerer Wahn bleiben, dann müssen wir versuchen, Verbindungen mit unseren Klassen Genossen in anderen Ländern herzustellen. Uns können weder Grenzpässe noch sonstige Schranken trennen. Feinde der Arbeiterschaft sind nicht die verschiedenen Völker zueinander, sondern die Ausbeuter unserer Arbeitskraft. Auch sie fragen nicht nach Landesgrenzen, sondern nutzen die Arbeiter aus, wo und wie sie können. Bei unserem Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen spielt man die Arbeiter der einzelnen Nationen nach Gutdünken aus. Lohnbewegungen will man dadurch illusorisch machen, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander gehet und sie als Arbeitswillige von einem Lande zum anderen verschickt werden.

Jeder Stand pflegt heute internationale Verbindungen. Seitens der organisierten Arbeiterschaft wird heute schon internationale Solidarität geübt. Wenn es hier und da noch daran mangelt, so hat das seinen Grund in der ungenügenden Aufklärung der Massen. Die besser situierten Kreise gehen hier mit Beispielen voran. Sie hegen den internationalen Verkehr auf breiter Grundlage. Warum sollten nun gerade die Arbeiter in Nationalitätenhaß und Chauvinismus machen, und sich Schaden in ihrer Existenz zufügen?

Für die Arbeiter öffentlicher Betriebe stehen die gleichen Interessen auf dem Spiel, wie für die gesamte Arbeiterschaft. Die Stadtverwaltungen verständigen sich über Einrichtungen und Verhältnisse in anderen Ländern, übernehmen die technischen Fortschritte, wo sie nur herkommen, das Proletariat aber behandeln sie zumeist als Nischenbrödel. Gatten wir doch schon zu den verchiedensten Zeiten Gelegenheiten, wie billige Arbeitskräfte des Auslandes auch für städtische Arbeiten übernommen wurden. Bei Arbeitsniederlegungen in öffentlichen Betrieben hat man selbst dazu gegriffen, technisch gut ausgebildetes Personal nach den stillgelegten Betrieben des Auslandes zu verpflanzen.

Diese Tatsache gab den Arbeitern öffentlicher Betriebe Veranlassung, auch ihrerseits internationalen Verkehr herzustellen. Die ersten Annäherungsversuche wurden im Jahre 1908 gemacht. Die schriftlichen Beziehungen führten zu mündlichen Ausdrücken auf Kongressen der verschiedenen

Brüderorganisationen. Unser dritter Verbandstag sowohl wie auch der vierte in Mainz, die Kongresse der Gemeindearbeiter in Holland von 1906 und der dänischen Arbeitermänner von 1906 hatten internationale Gäste. Auf diesen Tagungen wurden die ersten Grundsteine zu einer festeren internationalen Verbindung gelegt. Im Jahre 1907 wurde im Anschluß an den internationalen Kongress in Stuttgart die erste internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe abgehalten. Sechs Nationen hatten dem Rufes Folge geleistet. Das Resultat der Verhandlungen war die Schaffung eines internationalen Sekretariates mit dem Sitz in Berlin.

Die praktische Verwirklichung dieses Gedankens ist aber nicht leicht durchführbar. Viele Länder haben für die Arbeiter öffentlicher Betriebe noch keine entsprechenden Organisationen. In manchen Staaten sind solche Gewerkschaften noch in den ersten Anfängen, überall aber werden diese Bewegungen von den Machthabern scharf bekämpft. Die Dezimierung der Arbeiterschaft treibt besonders in Südeuropa noch sonderbare Platten. Da fehlt jedes zielbewusste Vorgehen. Wohl sind viele Anfänge gewerkschaftlichen Strebens zu verzeichnen, aber keine traftige Organisation.

Es ist daher nur zu erklärlich, daß dort, wo die Organisation überhaupt noch stark im argen liegt, an Verbindungen auf internationaler Basis nicht gedacht wird. So erklärten für das Jahr 1908, als dem ersten Jahre des Bestehens unseres Internationalen Sekretariats, nur fünf Landesorganisationen ihren Beitritt. Das Haupt bildet zurzeit Deutschland. Angegeschlossen sind ferner der Gemeindearbeiterverband von Holland, der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband für die Schweiz, die Abteilung der Arbeiter öffentlicher Betriebe vom Arbeitsmännerverband in Schweden sowie der Beleuchtungsarbeiterverband in Ungarn. Mit Jahresanfang 1909 schlossen sich weiter an der kommunale Arbeiterverband von Dänemark sowie der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband von Böhmen. Gegen 3000 im dänischen Arbeitsmännerverband organisierte Kollegen, vorwiegend Gasarbeiter, halten mit uns lose Beziehungen, sind dem Sekretariat jedoch nicht beigetreten, weil sie sich der allgemeinen Arbeitsmänner Verbrüderung angeschlossen haben. Seitens der Franzosen sind die Verhandlungen über den Anschluß noch nicht zu Ende geführt. Auf dem Verbandstage in Mainz haben sie zwar versprochen, mitzutun, ihre Worte fanden aber keine Verwirklichung, da sie in

Entwicklung seinen Tribut zollen mußte. Die Jahrhunderte alte Augustusbrücke ist nicht mehr! Eine neue Brücke, die den heutigen Verkehrsansforderungen besser entspricht, tritt an ihre Stelle. Sie soll möglichst dem bisherigen architektonischen Bilde nachgeahmt werden.

Vor uns, am Fuße der Terrassentreppe, erhebt sich schlanke und grazios die katholische Hofkirche. Der Italiener Chiaverie hat hier in den Jahren 1737/51 ein Meisterwerk geschaffen. Von ihren reichen Bildhauerarbeiten seien nur erwähnt 78 überlebensgroße Standbilder von Aposteln und sonstigen Heiligen. In den unterirdischen Räumen der Kirche stehen die Sarkophage einer großen Zahl sächsischer Fürsten. Die linke Seite des Schloßplatzes nimmt das Georgentor ein. Obgleich eine bauliche Sehenswürdigkeit, bildet es doch ein arges Verkehrshindernis.

Zwischen Schloß und katholischer Kirche hindurchgehend, gelangen wir auf den Theaterplatz. Hier liegen die Dresdener Kunsthallen, das Opernhaus und der Zwinger. Die ganze linke Seite des Platzes nimmt das Gebäude der weltberühmten Gemäldegalerie ein. In langen Sälen sind hier die unvergänglichen Schöpfungen der Titian, Rembrandt, Raphael usw. untergebracht. Etwa 3000 Werke der Maler fast aller Nationen legen Zeugnis ab von dem Entwicklungsstand der Malerei. Ein Prunkstück von unschätzbarem Wert, ein Heiligtum für sich, ist die sizilianische Madonna von Raphael.

Durch das Tor des Galeriegebäudes kommen wir in den Zwingerhof. „Einen Festsaalbau unter freiem Himmel“ hat man ihn genannt. Die ganze Anlage des Zwingers war ursprünglich bestimmt für die höflichen Lustbarkeiten des prachtliebenden, üppigen August des Starken, des nachmaligen Polentönigs. Dieser sächsische

Fürst war in seinem Lebenswandel sicher ein sehr bedenklicher Herr. Doch das eine Gute hat er getan, er hat seinen Baumeister Daniel Pöppelmann mit der Erbauung des Zwingers ein Werk schaffen lassen, um das heute noch Dresden beneidet wird.

Auf der entgegengesetzten Seite des Theaterplatzes liegt, direkt am Strone, helbig weit bekanntes „Italienisches Dörfchen“. Hier genießen in warmen Somernächten Fremde und Einheimische den Zauber, direkt am Wasser sitzen zu können.

Und nun, zum würdigen Beschluß unserer Wanderung, wollen wir der Neustadt einen kurzen, aber lohnenden Besuch abstatten. Ueber die Silsbrücke und durch die große Meißnerstraße erreichen wir unser Ziel, das Japanische Palais, dessen grüne Dächer wir schon von der Terrasse bemerkten. Zurzeit ist in ihm die königl. öffentliche Bibliothek untergebracht. Die Anhöhe mitten im anliegenden Garten ist es, die den Besuch so außerordentlich lohnend macht. Genießen wir doch von hier einen wunderbaren Blick auf die ganze Stadt. Ruhig und stolz ragen sie auf, die Türme Dresdens: Frauenkirche, Kreuzkirche, dazwischen der neue Kathanturm, Eßlochturm und katholische Hofkirche und zuletzt das Opernhaus! Vor uns der Elbstrom mit seinem geschäftigen Leben am Kai und im Pachtel. Weiter rechts spannt die Marienbrücke ihre Bojen, raffen Eisenbahnzüge herüber und hinüber, und darüber hinaus grünen von den Höhen freundliche Dörfer.

Unauslöschlich prägt sich dies Bild ein. Gewaltsam reißen wir uns los. Wir gehen durch den Garten zurück über die Marienbrücke nach der Altstadt und nach wenig Schritten sind wir im Dresdener Volkshaus, dem eigenen Heim der Dresdener Arbeiterschaft.

R. Preißler.

sich noch nicht genügend gefestigt sind. Schriftlichen Verkehr unterhalten wir auch mit den aufkeimenden Bewegungen in Italien, Finnland und Rußland sowie mit den in England und Norwegen in Frage kommenden Verbänden. Erstere sind ziemlich umfang- und einflußreich, es fehlen jedoch noch engere Beziehungen zum Internationalen Sekretariat; letztere gehören dem dortigen allgemeinen Arbeitsmännerverband an. Neuerdings ist auch ein Anschluß von Belgien in die Wege geleitet.

Die Organisationen der verschiedenen Länder beruhen auf zweierlei Grundlagen. Für Belgien, Böhmen, einen Teil der dänischen Kollegen, Deutschland, Frankreich, Holland, Schweiz und Ungarn, auch für einzelne Vereine in Oesterreich kommen da als Gewerkschaften spezielle Vereinigungen städtischer und staatlicher Arbeiter in Betracht. Sie haben also unsere Organisationsform. Eine Anzahl der Arbeiter in öffentlichen Betrieben in Dänemark sind dem allgemeinen Arbeitsmännerverband angeschlossen, in Norwegen und Schweden gehören sie nur diesem an. Ein Teil der Oesterreicher bilden ein Glied des dortigen Transportarbeiterverbandes. Sie sind hier also Unterabteilungen des Gesamtverbandes.

Die angeschlossenen Organisationen repräsentierten am 1. Januar 1909 zusammen 46 247 Mitglieder in 7 Verbänden. Davon entfallen auf Böhmen 210, Dänemark 1987 männliche und 305 weibliche, Deutschland 28 692 männliche und 624 weibliche, Holland 450 männliche und 50 weibliche, die Schweiz 1700 und Schweden 6729 Mitglieder. Der Beleuchtungsarbeiterverband in Ungarn gilt zurzeit als aufgelöst. Seine Mitglieder sind durch den verlorenen Streik der Beleuchtungsarbeiter in Budapest in alle Winde zerstreut. Außerdem machen die Behörden bei der Ausübung des Koalitionsrechtes viel Schwierigkeiten. Man hat das Verbandsbureau einfach behördlich geschlossen und unter Siegel gelegt. Anderen Verbänden ist es ähnlich ergangen. Hier zu Lande ist das Koalitionsrecht nahezu in die Willkür der Polizei gegeben. Kein Wunder also, wenn die Bewegung nicht vorgeht. Neuerdings beginnt sie trotzdem wieder aufzuleben.

Das wäre demnach das Bild von unserer Internationalen. Ist es auch vorläufig noch nicht besonders umfassend, so sind doch die ersten Anfänge internationaler Verbindung gemacht. Im nächsten Jahre wird kurz vor Abhaltung des internationalen Arbeiterkongresses in Kopenhagen unsere zweite internationale Konferenz tagen. Hier sollen Grundlagen geschaffen werden zu gegenseitiger Unterstützung bei Lohnkämpfen, eine weitere Klärung über Koalitions- und Streikrecht der städtischen und staatlichen Arbeiter erfolgen und die Bande der internationalen Solidarität enger gezogen werden. Zurzeit wird ein Austausch statutarischer Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern vorbereitet, worüber im Laufe des Jahres noch weitere Orientierung erfolgt.

Augenblicklich fehlen allerdings die weiter sichtbaren Vorteile unserer Internationale, in Zukunft werden sich diese aber gleichfalls zeigen. Haben wir doch schon selbst das erhebende Gefühl gehabt, unsere ausländischen Kollegen vor Streikbrechern aus unserem Lande zu bewahren. Es gibt eben überall noch Menschen, die den Wert ihres Handwerks nicht erkennen können und insofern ihre Arbeitsbrüder in ihrer Grenzschädigen. Die Monitorierung dieser Tatsache muß uns Grund genug sein, in der Aufklärungsarbeit und Erziehung zur Hebung von Solidarität nicht zu erlahmen. Wollen wir deshalb alle dazu beitragen, unseren ärmsten Feind, den Unverstand der Massen, im weitesten Maße auszurotten. A. W.

Ein Rückblick auf Groß-Berlin.

In Berlin hat die Wiege unseres Verbandes gestanden. Die Geschichte der jetzigen Zentrale Groß-Berlin fällt deshalb im ersten Jahre mit derjenigen des Verbandes zusammen. Witten in dem wilden Streik eines Teiles der Berliner Gasarbeiter wegen des 18stündigen Schichtwechsels im September 1896 löste sich die lokale „Vereinigung der Berliner Holz- und Kohlenarbeiter“, welcher circa 60–70 Mann der Streikenden angehörten, auf, um dem „Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstiger Arbeitsleute“ Platz zu machen. Nicht so lang wie der fürchterliche Name dieses Vorläufers unserer Organisation war jedoch sein Leben. Schon ein Jahr später geschah durch friedliche Auseinandersetzung der Uebertritt der Holz- und Kohlenarbeiter in den Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband, und erst jetzt erfolgte recht eigentlich die Grundsteinlegung der Organisation für die kommunalen Industrien, indem durch Abstimmung vom 15. September 1897 der zurückbleibende größere Teil des alten Verbandes den Namen „Verband der Arbeiter in Gasanstalten und in anderen städtischen Betrieben“ annahm.

Noch vor Ablauf des Jahres 1896 konnten die ersten Verwaltungsstellen in Charlottenburg, Schöneberg, Kirdorf und Schmargendorf begründet werden. Bald war auch ein Erfolg der jungen Bewegung zu verzeichnen, indem im Frühjahr 1897 die Bewilligung der Arbeiterausschüsse für die Berliner Gasanstalten herauskam. Am 17. Oktober desselben Jahres erklärten nach einem Referate des damaligen Verbandssekretärs Pörsch die Sanalisationsarbeiter ihren Anschluß an den Verband.

Da plötzlich wurde der Organisation der erste Schlag verfehlt. Der Charlottenburger Magistrat, der wohl das Erwachen des Solidaritätsbewußtseins der städtischen Arbeiter im Meime erwidern wollte, maßregelte den Vorsitzenden und den Schriftführer der dortigen Verwaltungsstelle. Und fast wäre dieser Niederknüttelungsversuch geglückt; denn es bedurfte eines energischen Appells des Verbandsvorstandes in der „Gewerkschaft“, um die Bankrottstimmigen wenigstens zum Teil wieder aufzurichten. In Schöneberg war der Zusammenbruch leider nicht aufzuhalten; denn zu der Mahregelung der leitenden Personen traten noch persönliche Differenzen innerhalb der Zentrale selbst.

Einen ganz besonderen Aufschwung brachte das Jahr 1898. Die Arbeiter der Berliner Wasserwerke in Berlin, Friedrichshagen, Tegel, Lichtenberg, der Markthalen, des Schlacht- und Viehhofes, des Holz- und Kohlenplatzes, die Desinfektoren, die Laternewartner traten dem Verbands bei. Freilich fehlte es auf Seiten der Stadtverwaltung nicht an Versuchen, der Arbeitermacht das Koalitionsrecht streitig zu machen. In Friedrichshagen wurde der Aflalvorstehende auf Pfahler geworfen, die Sanalisationsbetriebsleitung zeigte nicht minder Neigung zu solchen Zwangsmaßnahmen. Trotzdem waren diese Gewalttätigkeiten nur ein Schlag ins Wasser.

Nachdem bereits im August eine kombinierte Sitzung der Zentralvorstände Berlins einen losen Zusammenhang herbeigeführt hatte, fand schon am 11. Oktober eine allgemeine Versammlung aller Berliner städtischen Arbeiter statt, um die Kollegen der Sanalisationswerke bei ihren Differenzen mit der Verwaltung der Solidarität der Gesamtheit zu versichern. Dem mußte ganz natürlich eine größere organisatorische Konsolidation folgen, die dann auch in der am 1. Dezember 1898 erfolgten Bildung eines Ausschusses der Berliner Zentrale Ausdruck fand. Als ein Resultat der Bewegung sei hier der im gleichen Monat herausgekommene Gemeindebeschuß der Stadt Berlin erwähnt, welcher die Unfallversicherung aller Gemeindegewerkschaften anordnet.

Ein kritisches Jahr war im Berliner Verbandsleben das Jahr 1899. Nicht etwa wegen der weiteren Mahregelungen; solche von Unternehmerbrutalität diktierten Streiks, wie sie wiederum im Wasserwerk Friedrichshagen und auch

im Gaswerk IV (Danziger Straße) zu verzeichnen waren, werten letzten Endes nur das Zusammengehörigkeitsgefühl mit der modernen Arbeiterbewegung auch in politischer Beziehung. In einer großen allgemeinen Versammlung am 25. Oktober, die sich mit den Stadtverordnetenwahlen beschäftigte, wurde durch eine unzweideutige Resolution das Tischtuch zwischen den südlichen Arbeitern und dem Freisinn zerschnitten. Kurz vor Weihnachten aber kam es zu tiefgehenden Berührungen zwischen dem Verbandsvorstand und den Gasarbeitern, die durchaus in einen Streik eintreten wollten, obwohl hierfür noch nicht die unerlässlichen Vorbedingungen vorhanden waren. Die Organisationsleitung mußte schließlich, um der Sache Herr zu werden, sozusagen die Flucht in die gewerkschaftliche Öffentlichkeit antreten, wobei sie die Unterstützung der Berliner Gewerkschaftskommission fand, welche letztere sich entschieden gegen den aussichtslosen Streik erklärte. Neue Filialen bildeten im Laufe des Jahres die Arbeiter der Revierinspektionen und des Röhrensystems der Gaswerke.

Eine Stärkung erfuhr die Bewegung im folgenden Jahre durch den Anschluß der Arbeiter der nördlichen und südlichen Riefelfelder. Derselben Zwecke sollte eine Einrichtung dienen, die wohl ihre Anregung aus einer Debatte über den Bau von Arbeiterhäusern im Stadtverordnetenkollegium gezogen hatte und am 21. November 1900 zur Tatsache wurde: die Gründung der Baugenossenschaft. So gut die Sache gemeint war, so wenig war eine Realisierung möglich; nur mit gemischten Gefühlen wird mancher daran zurückdenken.

Als ein weiterer Markstein auf dem Wege zum gesteckten Ziele kam 1901 der Gemeindebeschluß über Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge heraus. Auch sah die Berliner Stadtverordnetenversammlung am 13. Juni Beschlüsse, welche u. a. allgemeine Ausdehnung der Arbeiterausschüsse, zehnstündige Arbeitszeit, Lohnaufbesserungen bezweckten. — In einen schweren Kampf wurden die Charlottenburger Gasarbeiter durch die brutale Behandlung seitens des Betriebsleiters gedrängt. Die Bemühungen der Verbandsleitung, die Ursache des Streiks (drei Mißrechnungen) durch Wiedereinstellung der Betroffenen zu beseitigen, waren vergeblich, und schließlich ging auch leider der ganze Kampf verloren. — Heftige Auseinandersetzungen zwischen dem Verbandsvorstand und den Berliner Filialen, die dadurch hervortraten, daß ersterer nicht mehr wie früher einen erheblichen Teil seiner Tätigkeit den letzteren widmen konnte, brachten die Notwendigkeit eines intensiveren Zusammenarbeitens in Berlin und Vororten von neuem aufs Tapet. Eine kombinierte Versammlung am 30. September beschäftigte sich infolgedessen mit den „wichtigen Aufgaben der Berliner Filialen“. Der vom Referenten Poersch ausgeführte Gedanke der Anstellung eines Lokalbeamten fand zwar in einer Resolution am Schluß Zustimmung, die Gegnerenschaft war jedoch noch so stark, daß vor der Abstimmung etwa 100 Opponenten die Versammlung verließen. Wie aber alles, was gut und unumgänglich notwendig, sich durchsetzt, so mußten auch hierin schließlich die kurzfristigen Kapitalisten. Bereits am 4. November machte der Ausschuh der Berliner Filialen eine Vorlage über die Anstellung eines Ortsbeamten, welche dann auch gegen einige Stimmen Annahme fand, nach dem Guhn und Fiebig die nunmehr fast völlige Einmütigkeit festgestellt hatten. Damit war wieder ein tüchtiger organisatorischer Fortschritt erzielt.

Mit Januar 1902 begann der inzwischen gewählte Sekretär Schubert seine Tätigkeit, dem der Ausschuh eine geschäftsführende Kommission von 4 Mitgliedern zur Seite stellte. Das Ortssekretariat übernahm 2003 Mitglieder, welche Zahl nach Beitritt des Trennhauspersonals, der Arbeiter der Parkverwaltung, der öffentlichen Beleuchtung und der Englischen Gaswerke am Schluß des Jahres sich auf 2389 hob. Als neue Etappe der Erfolge war die Berliner Urlaubsordnung zu verzeichnen.

Einmal als richtig anerkannt, wurde die gemeinsame Aktion immer mehr zur Regel. Am 13. Januar 1903 forderten die Berliner Kollegen in einer Riesenversammlung mit 2000 Teilnehmern die Leuzerungszulage. Fester geknüpft wurde das Band aber schon in den beiden nächsten Monaten. Eine gemeinsame Versammlung am 23. Februar vertiefte nach einem Referate Schuberts über die Verschmelzung der Filialen zwar noch der Vertagung, doch siegten die Befürworter des endlichen festen Zusammenschlusses bei der fortgesetzten Beratung am 12. März, nachdem eine Gegenresolution Schabel und Genossen abgelehnt worden war. Trotzdem verzögerte sich die Verwirklichung des Beschlusses durch die immer wieder auftauchende Opposition, und erst nach einem Beto des zu Ostern in Berlin tagenden Verbandstages kam die Verschmelzungsfrage mehr in Fluß. Neue Schwierigkeiten rief allerdings die Beitragserhöhung hervor, die sofort die Markthallenarbeiter zum Austritt aus dem Verbandsverbande veranlaßt hatte. Nichtsdestoweniger ging vorwärts: am 12. Mai wurde nach nochmaliger eingehender Debatte über die Verschmelzung eine siebengliedrige Kommission eingesetzt, die feststellen sollte, ob ein besonderer Ortsbeitrag nötig wäre, und am 8. September fand der neue Organisationsplan Annahme, der einen zentralen Vorstand von sieben Personen vorsah und die bisherigen Filialen als Sektionen der neuen Filiale Groß-Berlin einordnete. Am 1. Oktober 1903 konnte nunmehr endlich die einheitliche Arbeit in dem untrennbaren Wirtschaftsgebiet Berlins und der Vororte beginnen, die so umfangreich war, daß sofort die Anstellung eines zweiten Beamten, des Kollegen Dittmer, nötig wurde. Der wegen der Landtagswahlbeteiligung im November wild auflodernde Streik im Gaswerk Danziger Straße gab der neuen Verwaltung gleich eine harte Nuß zu knacken; andererseits war als ein Ansporn zu weiterer Tätigkeit die Gewährung des Sommerurlaubs in Berlin zu verzeichnen.

So war also die Organisation in Groß-Berlin der Form der modernen gewerkschaftlichen Zentralisation angepaßt worden; anders sah es aber mit dem Geiste darin aus. Die demokratische Disziplin fehlte noch an allen Ecken. So führte die Erhebung eines Lokalzuschlages von 5 Mq. pro Woche zum Austritt der Laternenwärter; die gleiche Absicht der Sektion der F. C. G. A. konnte nur mit Mühe verhindert werden. Eine Zerplitterung, die nicht als gutes Beispiel anzusprechen war, lag auch in der Abtrennung des Pflaßpersonals und der Vorortsektionen, die der Verbandsvorstand am 1. April 1905 dem neugebildeten Zweigbureau Berlin-Brandenburg angliederte.

Trotzdem drangen die Ideen der modernen Gewerkschaftsbewegung immer mehr durch. Nach einer energischen Abgabe an die verfehlte Taktik des damaligen Verbandsvorstandes erklärte sich die Generalversammlung am 3. Mai 1905 rückhaltlos für die Mittel und Wege der modernen Zentralverbände. Leider war bei der praktischen Rubanwendung durch die Gasarbeiter, welche zur Erringung des Achtstundentages die Bildung eines Kampffonds durch Ertragsbeiträge beschlossen, wiederum eine Abspaltung zu verzeichnen, indem die Revierinspektionen abhewenken, mit einiger Mühe aber schließlich dem Zweigbureau angeschlossen werden konnten.

Jetzt sind so ziemlich alle Eckarten wieder ausgewekt. Nach dem Mainzer Verbandstage schlossen sich die Kollegen der Revierinspektionen der Filiale wieder an, das Zweigbureau wurde aufgehoben und auch die verlorenen Söhne aus der Markthallenverwaltung haben neuerdings den Weg zurückgefunden. Nur die Laternenwärter stehen noch abseits. Es darf wohl ruhig behauptet werden, daß künftig so schwere Erschütterungen, wie sie in den ersten Jahren die Filiale heimsuchten, nicht mehr eintreten werden. Die organisatorische Festigkeit und der durch rechte Solidarität getragene kollegiale Geist wird und muß in der Groß-Berliner Stollgenenschaft das für alle Zeiten verbindern. E. W.

Die Anfänge unserer Bewegung im Süden.

Wenn bei uns im Süden, speziell in Württemberg, vor ungefähr 12-14 Jahren noch, hier und da einmal in Gewerkschafts- und Parteifreien die Frage der Organisierung der Staats- und Gemeindegewerkschaften angeschnitten wurde, konnte derjenige, welcher sich dafür ins Zeug legte, sicher sein, entweder nur ein mitleidiges Lächeln für solche „Utopien“ zu erhalten, oder überhaupt gleich für „vollständig reif für Zwiefalten“ erklärt zu werden. Aber auch hier bewährte sich das Sprichwort: „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Eine öffentliche Agitation unter den Kollegen war aus verschiedenen Gründen nicht ratsam und so mußten sich deshalb das Viertelabendkollegen, die sich die Aufgabe stellten, auch die Gemeindegewerkschaft der modernen Gewerkschaftsorganisation zuzuführen, darauf beschränken, unter der Hand den Boden vorzubereiten, auf dem die Organisation gedeihen konnte. War ein Versuch mißlungen, wurde sofort ein neuer vorbereitet und endlich im März 1898 klappte es. Mit 182 Mitgliedern trat der „Verein der städtischen Arbeiter Stuttgarts“ ins Leben. Darüber war natürlich das ganze Rathaus verärgert. Daß sich die bisher so geduldigen „Stadttagelöhner“ erdrehten, eine Organisation auf moderner Grundlage zu schaffen, das war dem damaligen konservativ-deutschparteilich-vollsparteilichen Gemeinderat geradezu unbegreiflich. Welche dieser drei Parteistattierungen es am „besten“ mit den städtischen Arbeitern meinte, war schwer zu unterscheiden, aber alle drei zusammen waren damals wie heute sich darüber einig, daß ein Arbeiter und speziell ein Gemeindegewerkschaftler nicht das Recht habe, Forderungen zur Erreichung einer menschenwürdigen Existenz zu stellen, sondern nur einen Wunsch bzw. eine Bitte vorzutragen sollte ihm gestattet sein. Im übrigen habe er zu arbeiten und das Maul zu halten.

Die Herren Räte, welche pro Jahr 3000-5000 Mk. und unter Umständen noch mehr an Gebühren usw. für ihre Schläfen auf dem Rathaus einsteckten, konnten es absolut nicht begreifen, daß die Straßenbau-, Straßenreinigungs-, Kanal usw. Arbeiter mit 2,40 Mk. bis höchstens 3 Mk. pro Tag nicht ausreichend entlohnt seien. Einer der „Wengertler“ (Weingärtner), die auf dem Rathaus damals dominierten, meinte in seiner Herzenseinfalt einmal anlässlich eines Gedichtes der Organisation im Lohnerböhung: „Ja, wenn mer dene Stadttagelöhner meh' Loh' gehend, no kriegat mir kein Wengertknecht meh; no golt alles ins Stadttageloh'!“

Die städtischen Handwerker z. B. erhielten als „Höchstlohn“ ganze 3,60 Mk. Dabei war aber bereits damals wie heute das Stuttgarter Pflaster das dritteuerste im ganzen Reich.

Um die Arbeiter zufriedenzustellen, bzw. „um die von außen hereingetragene Organisation durch eine im Auftrag des Gemeinderats geschaffene Organisation überflüssig zu machen“, wie man sich ziemlich naiv auf dem Rathaus ausdrückte, wurde ein Arbeiterausschuß gebildet. Aber o Schrecken! Nach der Wahl zeigte es sich, daß die gesamte Verwaltung der Organisation im Arbeiterausschuß lag. Da knurrte einer auf dem Rathaus: „Die Kerle sind nicht totzufrieren, die habens wie die Stagen, immer fallen sie auf die Beine.“

Zu direkten Maßnahmen verstieg man sich zwar nicht, aber an kleinen Schikanen ließ man es, speziell seitens der niederen Vorgesetzten, nicht fehlen. Die kleinen „Götter“ waren eben damals wie heute, hier wie anderwärts, immer die schlimmsten.

Die Organisation sah zudem scharf auf stramme Mannszucht und ließ lieber zweifelhafte Elemente zeitig ab, ehe sie dieselben die Württembergische des „Gewerkschaften“ erworben ließ. Aus diesem Grunde stieg der Mitgliederstand in den ersten zwei Jahren nur langsam. 318 Mann traten

vom März bis Dezember 1898 in den Verein ein, aber 126 von diesen wurden wieder gezeichnet, so daß am Jahreschluß nur 192 tatsächliche Mitglieder verblieben. Im nächsten Jahr war dasselbe der Fall. Bei 108 Eintritten erfuhr die Organisation nur eine Steigerung ihrer Mitgliederzahl von 5 Mann. Eine innere Festigung zeigte aber das Jahr 1900, wo bei 211 Eintritten nur noch 64 Streichungen zu verzeichnen waren. Nun ging es zwar langsam aber sicher aufwärts. Das Jahr 1901 schloß ab mit 423, 1902 mit 513, 1903 mit 761 (darunter die beim Uebertritt der Württemberger am 1. Januar 1903 eingemeindete Verbandsszweige Stuttgart-Gaisburg mit 115 Mitgliedern). 1904 steigerte sich die Mitgliederzahl auf 822, 1905 auf 906, 1906 auf 1168, 1907 auf 1294 und 1908 auf 1398. Diese letztere Zahl entspricht nur einem Prozentat von 46,33 von den im Laufe der elf Jahre eingetretenen 3017 Kollegen.

Wenn wir nun die Errungenschaften der Organisation während des Zeitraumes von elf Jahren an uns vorüberziehen lassen, so muß selbst dem verschrobenen Kopf einleuchten, daß die zur Organisation gezahlten Beiträge, ohne die großen Rückerstattungen in Form von Kranken-, Gemahregelten-, Sterbe-Unterstützung, Rechtsschutz usw. bereits hundertsältige Früchte gezeitigt haben.

Nehmen wir die damaligen Löhne von 2,40 bis 3 Mk. für ungelernete und bis zu 3,60 Mk. für gelernte Arbeiter gegenüber den derzeitigen von 3,50 Mk. bis 4 Mk. für ungelernete, bis 4,80 Mk. für sogen. qualifizierte Arbeiter (in eine spezielle Arbeit im Betrieb eingearbeitete ungelernete Arbeiter). Dann für Handwerker einen Lohn von 4,20 bis 5,30 bzw. 6,30 Mk. Alle Löhne steigern sich jetzt alljährlich, je nach dem Eintritt des Arbeiters am 1. Januar oder 1. April oder 1. Juli oder am 1. Oktober um 10 Pf. bis zum Höchstlohn. Die Gasarbeiter erhielten früher für eine 12stündige Schicht bei 24, später 18stündigen Schichtwechsel einen Lohn von 3,20 Mk. Heute dagegen für die achtstündige Schicht bei 12stündigem Schichtwechsel einen Lohn von 4,30 bis 5 Mk.

Früher wurde weder ein Urlaub noch eine Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn gewährt, weder ein Feiertag bezahlt noch an eine Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung gedacht. Mußte ein Arbeiter auf einige Wochen den Stubfuß auf den Rücken nehmen, so fiel es keinem der hochwohlwollenen Stadtväter ein, dem Mann eine entsprechende Entschädigung für die Mehrausgabe und den Verdienstenzgang während der Übungszeit zu gewähren.

Dazu noch die damals so miserable Betriebskrankenkasse, die man im Jahre 1892 nur gründete, um den Anforderungen der Ortskrankenkasse aus dem Wege zu gehen, die verlangte, daß die Stadt für die vielen damals beschäftigten Invaliden, welche der Kasse stets auf dem Beutel lagen, eine jährliche besondere Pauschale zu gewähren. Da riß man einfach die sämtlichen städtischen Arbeiter aus der Ortskrankenkasse und ökonomisierte ihnen eine Betriebskrankenkasse auf, welche nur die Mindestleistungen gewährte. Die zumeist aus Vorarbeitern und Aufsehern bestehende sogenannte „Kassenvertretung“ war so firm dreifert, daß jeder Gedanke an eine Verbesserung von vornherein ausgeschlossen war. Die Vertreterwahl von 1896 brachte nochmals, den übrigens stark angezwungenen „Sieg“ der auf dem Rathaus hextogranbierten Stimmzettel. Erst im Jahre 1900, bei der nächsten Vertreterwahl, wurde das ganze ungekrempelt. Seitdem ist und bleibt die Kasse im unbetrittenen Besitze der Organisation. Mit 5000 Mk. Reiserfonds und den Mindestleistungen übernahmen die organisierten Kollegen die Kasse und heute verfügt der Reiserfonds 80.000 Mk. und dabei werden für sieben Wochentage 60 Proz. des durchschnittlichen Tagelohnes als Krankenunterstützung bezahlt. Bei Spitalbehandlung erhalten Verheiratete drei Viertel und Ledige die Hälfte der Krankenunterstützung neben der Krankenhausbehandlung.

Daneben ist die Familienunterstützung soweit als möglich ausgedehnt. Auch für entstehende Hebammenkosten kommt die Stelle mit 15 Mk. pro Fall auf. Selbstredend ging dies alles durchzuführen nicht ohne eine entsprechende Beitragserhöhung. Gegenwärtig werden 5¼ Proz. bezahlt, aber immerhin hat die Stadtgemeinde selbst ein Drittel der Verbesserungen in Form ihrer Beiträge zu bezahlen.

Die gleiche Entwicklung wie Stuttgart kann leider nicht von allen Städten berichtet werden. Einesteils ist die starke Durchsetzung der städtischen Arbeitskörper mit Invaliden noch in den Kleinstädten speziell beinahe überall anzutreffen. Man konnte sich dort noch nicht von dem Gedanken emanzipieren, daß die Stadt billiger daran sei, wenn sie in Form eines minimalen Lohnes eine Unterstützung gewähre und dafür aber ihre Arbeiten erledigt bekomme. Wenn nun die alten Leute mit einer leichteren Arbeit und gesondert beschäftigt werden, dann geht es noch an, aber gewöhnlich steckt man, wie z. B. in Schwäb. Gmünd, die alten Leute zwischen die jungen zu schwerer Arbeit, und dann geht die Drangaliererei los, denn seitens der Betriebsleitung wird einfach eine Anzahl Arbeiter, gleichgültig ob voll leistungsfähig oder invalid, zusammengeworfen und die Arbeit wird verlangt, als ob nur vollleistungsfähige Arbeiter an der Arbeit wären.

Gerade in den Orten, wo noch das Zentrum das Heft in der Hand hat, wo man seine Arbeiterinnen und fromme Wünsche als Ertrag für einen auskömmlichen Lohn anbietet, da ist es um den Arbeiter übel bestellt.

Hier wirkliche Hilfe zu schaffen, ist nur möglich, wenn jeder Kollege des schwäbischen Wahlzuges stets eingedenk ist, indem er „Durchtlos“ überall für seine Organisation eintritt, „und trenn“ bei dieser sowohl in guten wie in bösen Tagen seinen Mann stellt.

G. A.

Unsere Agitation im Osten Deutschlands.

Wie sonst in ganz Deutschland die Natur zu neuem Leben erwacht, Baum und Strauch, Feld und Wald sich mit frischem Grün umgibt, Frühlingsluft ins Freie lockt, herrschen in den östlichen Provinzen Frankreichs noch eilige Winde. Statt Mitensprache hört man laible Räume. Die Natur blüht hier eben im Gegenlag zu Wien, Süd- und Mitteldeutschland um einige Zeit nach.

So verhält es sich auch mit dem sozialen Leben. Wohl wird überall der Arbeiter als Werte schaffendes Arbeitstier betrachtet, aber man kann ihn gesellschaftlich nicht ausschließen, man muß ihn oft genug als Mitmenschen respektieren. Zwischen Besitz und Arbeit besteht in Ost- und Westpreußen aber eine viel größere Kluft. Es ist der Idealzustand der preussischen Junker, der sich auch auf die Städte überträgt. Die östlichen Stadtverwaltungen sind von dem Junkergeiste besonders durchtränkt, mag nun ihre Contour eine konservativ antisemitische, zentralistisch-schwarze oder freisinnig undefinierbare sein, überall herrscht der eilige Hauch der Reaktion viel mehr als in den weitlich und südlich gelegeneren Provinzen Deutschlands.

Begünstigt werden hierbei die Stadtverwaltungen von einem von den Junkern und Pfaffen großgezogenen Arbeitermaterial. Die städtischen Betriebe rekrutieren ihre Arbeitskräfte ja meist aus zugezogenen Landarbeitern. Diese freuen sich aber zunächst über den höheren Verlohn und erst allmählich lernen sie erkennen, daß sie von der Stadt ebenso ausgebeutet werden wie von ihrem früheren Junker.

Die meisten unserer Kollegen im preussischen Osten haben sich von der frühesten Kindheit an ihr Brot verdienen müssen. Um dem Junker billige Arbeitskräfte zu stellen, wurden sie häufig genug von dem Reich der bekannten preussischen Schulpaläste entbunden. Mit Religion durchtränkt, konnten sie die Schule verlassen, alles

übrige Wissenswerte spielte keine große Rolle. So ist es nur zu erklärlich, wenn viele Lesen und Schreiben als zu anstrengende Tätigkeit betrachten und deshalb nichts davon wissen wollen. Dazu kommt die ihnen von Junkern und ihren Helfern anerzogene Demut, die auch die städtischen Beamten vielfach für sich ausnutzen. Mangel an Vertrauen in die eigene Kraft sind die weiteren Folgen dieser Erziehung sowie eine außerordentliche Furcht vor den Vorgesetzten. Unter solchen Verhältnissen ist die Erziehungsarbeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen keine leichte.

Aber wie gesagt, auch die Stadtverwaltungen sind hier aus anderem Holze geschnitten. Wohl kann man sich weltlichen Einflüssen nicht ganz entziehen. Wo es den Herrschaften jedoch nicht in den Kram paßt, tut man es rein äußerlich, nur der Dessenlichkeit gegenüber. Dies zeigt so recht die Respektierung des Koalitionsrechts der Arbeiter. In der Theorie erkennt man es an und macht sozusagen die Mode mit, in der Praxis aber bekämpft man dies Arbeiterrecht ganz skrupellos. Dafür ein bezeichnendes Beispiel aus Königsberg:

Zwei Bürgermeister erklärten vor Jahren: „Die städtischen Beamten und Arbeiter können sich gewerkschaftlich und politisch betätigen wie sie wollen.“ Ein Jahr später ließ der Gasdirektor bei Besprechung einer Maßregelung folgenden Teil einer Rede von Stapel:

„Es ist über die große Härte der Entlassung des A. getollt. Es ist mir das ein willkommener Anlaß, um endlich mal in einem heißen Punkt hier Arbeit zu schaffen, die augenscheinlich hier immer noch nicht besteht. Im Falle A. handelt es sich nicht um Witze oder Härte, sondern um eine Entschädigung von einfach lohnender Höhe. Speziell in unserer Stadt Königsberg herrscht in den kommunalen Betrieben die größte Freiheit der Meinungen und Meinungsäußerungen und die nach der Verfassung jedem Staatsbürger gewährleisteten Rechte werden in der wohlwollendsten Weise respektiert. Speziell in der Gasanstalt wissen sie, daß noch niemals die Meinung eines Menschen maßgebend für seine Behandlung war. Es ist aber ein Unterschied zwischen der Meinung und der Agitation. Die Meinung bei letzterer muß unterschieden werden, wo sie betrieben wird. Die kommunalen Behörden sind mittelbare Staatsbehörden, die kommunalen Betriebe mittelbare Staatsbetriebe. Innerhalb der vier Wände der städtischen Betriebe müssen also die Grundzüge der geltenden Staatsordnung respektiert werden. Mag außerhalb der städtischen und staatlichen Betriebe innerhalb der bestehenden Gesetze jedermann betreiben die Agitation, zu der er Lust hat. In den Grenzen mittelbarer oder unmittelbarer Staatsbetriebe hat diese Arbeit ein Ende, solange hier nicht die höheren Instanzen die Staatsordnung ändern, muß letztere innerhalb dieser Betriebe gelten. Wer also auf den Boden dieser Betriebe tritt und nicht nur offen bekundet, daß er eine Meinung hegt, welche den Main der geltenden Staatsordnung antreibt, sondern das offen bekundet, daß er den Voratz hat, auch andere zu dieser seltigen Meinung zu bekehren, der mag ein brauchbarer Mensch sein, er mag recht oder unrecht haben, in die Wände der Staats- oder Kommunalbetriebe gehört er aber nicht hinein, darüber muß er sich klar geworden sein. (!) Wenn jemand an meinen Tisch kommt und es sich bei mir gut sein läßt, dann aber erklärt, er beabsichtige noch in der kommenden Nacht mein Haus anzuzünden, den Hefe ich hinaus und übergebe ihn einem Schulmann. Wenn ich das nicht tue, bin ich ein Schurke an meiner Familie und an der Staatsordnung. Der mittelbare oder unmittelbare Staatsbeamte ist dasselbe, wenn er auf dem Boden der heute geltenden Staatsordnung die Elemente duldet, welche ihm offen erklären, sie beabsichtigen diese Staatsordnung zu beseitigen. Dann hat er seinen eigenen Willen mehr, dann muß er so handeln, wie ich im Falle A. handelte. Etwas anderes kann nur die höhere Instanz bestimmen.“

Also habe eine Meinung wie du willst, aber verbleibe sie tief in deinem Pufen sonst bleibst du, das ist der Tenor dieser Rede und gleichzeitige Aufhebung des Koalitionsrechts, dein Feind, wenn unter solchen Verhältnissen zahlreiche Heudler großgezogen werden. Diese Rede erklärt auch, daß im Gaswerk Königsberg innerhalb zwei Jahren acht Maßregelungen vorgenommen wurden.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind aber die treibende Kraft, auch im Osten die indifferentesten Arbeiter

der Organisation zuzuführen. Fortgesetzte neue Belastungen der Arbeiter durch das Reich, den Staat und die Kommunen sowie die Profitgier der Unternehmer und die damit verbundene Preissteigerung aller Bedürfnisse müssen ja selbst stülpförmige Menschen rebellisch machen.

Die Löhne sind den östlich-ländlichen Verhältnissen angepaßt: sehr niedrig. Dafür haufen die städtischen Arbeiter aber auch vielfach in Wohnungen, die schon mehr Lächer genannt werden müssen. Feuchte Wände, Mangel an Luft und Licht machen so manches Kind unserer Kollegen früh dahinziehen. Dazu die Unterernährung sämtlicher Familienmitglieder. Stadtverwaltungen und Betriebsleiter stehen diesen Verhältnissen verständnislos gegenüber. Trüfte doch kürzlich der Leiter eines kleinen Betriebes sein Erstaunen darüber aus, daß seine Arbeiter sich organisierten, sie hätten dies doch gar nicht nötig, da die Stadt sehr gute Löhne bezahle. Diese angeblich guten Löhne betragen meist 26 und 28 Pf. pro Stunde.

Aus besagten Gründen müssen die Arbeiter im Osten einen sehr zähen und ausdauernden Kampf um Verbesserung ihrer Lage führen. Immerhin wächst die Zahl derjenigen Arbeiter, die den Organisationsgedanken begriffen haben und wissen, daß nur zähe Ausdauer zum Ziele führen kann. Dabei muß der Kampf auch nach einer weiteren Front geführt werden. Der Mangel an Wissen vieler Arbeiter veranlaßt sie, nur ihren eigenen Vorteil im Auge zu haben. Das Schmaroyer- und Demunziantenweien steht hier in einer Blüte, wie man es oberwärts nicht für möglich halten kann. Für ein freundliches Wort der Vorgesetzten, eine geringfügige Bevorzugung verrät mancher seine Kollegen und die eigenen Interessen.

Unsere Kollegen rufen wir aber zu, kräftig mitzuhelfen an dem Werke der Organisierung der städtischen Arbeiter und damit der Verbesserung ihrer Lage. Beweist, daß, soweit unsere Kollegen in Frage kommen, der Osten besser ist als sein Ruf! O. H.

Ueber den Betrieb der Hamburger Straßenreinigung ist durch unseren Verband die Sperre verhängt! Die Straßeneiniger, wohl der geachteten Menschenklasse angehörig, sind in eine Lohnbewegung eingetreten, um ihre elende Lage zu verbessern. Sie erstreben eine Erhöhung ihres Lohnes von 4,20 Mk. auf 4,60 Mk. für Tagearbeiter und von 4,40 Mk. auf 4,80 Mk. für Nachtarbeiter. Die Arbeitszeit für Tagearbeiter soll neun Stunden betragen. Es ist wohl selbstverständlich, daß sich kein ehrlicher Arbeiter bereisfinden wird, den Straßeneinigern in den Rücken zu fallen.

Streikbewegung der Hamburger Straßenreiniger.

Unsere Hamburger Kollegen stehen in diesen Tagen vor ersten Entscheidungen. Die Hamburger Behörden haben seit Jahren eine Arbeitspolitik getrieben, die bei den städtischen Schichten einmal das Maß zum Ueberlaufen bringen mußte. Insbesondere hat die Baudeputation sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber am wenigsten zugänglich gezeigt.

Am Sonntag, den 9. Mai, fand nun eine Versammlung sämtlicher Straßeneiniger statt, in welcher nach nahezu fünfstündigen sehr sachlichen und ruhigen Verhandlungen die nachfolgende Resolution in geheimer Abstimmung mit 511 gegen 47 Stimmen (11 weiße Zettel) angenommen wurde:

Nachdem die Baudeputation die im Vorjahre von den Straßeneinigern durch den Arbeiterausschuß gestellten Anträge auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen abgelehnt und nachdem die Baudeputation weiter den besonders gestellten Antrag auf direkte und gemeinsame Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß gleichfalls abgelehnt und in deren letzteren als Vertretung der Arbeiterkategorie zurückgewiesen, beschließt die am Sonntag, den 9. Mai 1909, im „Gesellschaftsbaus Thalia“ tagende Versammlung der Straßeneiniger:

1. Es wird nunmehr die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gefordert, und zwar

- die neunstündige tägliche Arbeitszeit für die regulär am Tage beschäftigten Arbeiter aller Betriebe der Straßenreinigung (Mehrwesen, Reibmühle, Mülleerhalt und Hauptdepot);
- ein Lohnansteigerung 40 Pf. täglich für Tagelöhner, 2,50 Mk. wöchentlich für Wochenlöhner, 125 Mk. jährlich für Jahreslöhner;
- Vergrößerung jealicher Feiertagsarbeit mit den Ueberstundenlöhnen;
- Wochenlohn für alle ein Jahr und länger beschäftigten Arbeiter mit Ausnahme der Jahreslöhner;
- Abschaffung der Geldstrafen.

2. Die Geschäftsleitung des Verbandes der Staats- und Gemeindegewerkschaften, hier selbst, wird beauftragt, die eroberten Forderungen bei der Baudeputation zu vertreten.

3. Die Arbeiter der Straßenreinigung (Mehrwesen, Reibmühle, Mülleerhalt und Hauptdepot) sollen verpflichtet sein, zur Durchbringung dieser Forderungen gemeinschaftlich und eifrigst gleichartig die Arbeit einzustellen, und zwar auf Verlangen und in jeder Hinsicht nach Rücksicht einiger besonders Vorwissen der Sitzung des vorgenannten Verbandes.

Seitens unseres Verbandes wurde darauf am 10. Mai ein Schreiben nebst Resolution an die Baudeputation gerichtet mit dem

Erzuchen, bis Freitag, den 14. Mai, mittags 12 Uhr, darauf zu antworten. Es ging folgendes Schreiben ein:

Hamburg, den 14. Mai 1909.

Herrn H. Schönberg, hier.

Auf die von Ihnen als Vorsitzenden des Verbandes der Staats- und Gemeindegewerkschaften, Filiale Hamburg, an die Baudeputation gerichtete Eingabe vom 10. Mai dieses Jahres wird Ihnen erwidert, daß die Baudeputation sich nicht in der Lage sieht, mit einer Organisation, welche zu ihr in keinen Beziehungen steht, über innere Fragen der Verwaltung in Verhandlungen zu treten. Für die Erörterung von Fragen des Arbeitsverhältnisses ist in dem Arbeiterausschuß das zuständige Organ gegeben, durch dessen Vermittlung die Wünsche der Arbeiter, wie diesen auch bekannt ist, jederzeit an die Behörde gelangen können.

Der Präses der Baudeputation, Holtzhusen.

Es genügt zur Charakterisierung dieses Schreibens, daß dieselbe Baudeputation es abgelehnt hatte, mit dem Arbeiterausschuß über die Wünsche der Arbeiter zu verhandeln!

Aber es kommt noch schöner. Am 14. Mai wurden nämlich 30 Straßeneiniger und der Arbeiterausschuß zum Oberingenieur Sperber bestellt, welcher die Antwort der Baudeputation auf die von der Organisation vorgelegten Forderungen erteilte. Herr Sperber erklärte, die Baudeputation könne die Forderungen der Straßeneiniger nicht bewilligen, denn die Folge würde sein, daß auch den übrigen Arbeitern der Baudeputation und schließlich allen Staatsarbeitern dieselben Zugeständnisse gemacht werden müßten. Weiter aber warnte Herr Sperber die Arbeiter, denn es würde niemand wieder eingestellt werden. Und schließlich hat er die Arbeiter wiederholt, doch von ihrem Beginnen abzulassen. Nichtiger und müßiger wäre aber gewesen, Herr Sperber hätte die Wünsche der Arbeiter erörtert. Doch davon kein Wort! Von den Arbeitern wurde überhaupt niemand gefragt. Keiner konnte sie sich also überhaupt nicht. Dies geschah nun folgende im Gewerkschaftshaus. Und wir hatten gewünscht, Herr Sperber hätte die Meinung der Arbeiter gehört. „Er hat uns behandelt wie kleine Kinder“, erklärten die Leute empört.

Am Freitag abend erließen dann auf einzelnen Depots folgende Anschlag:

Bekanntmachung.

Den Vorarbeitern und Arbeitern der Straßenreinigung wird im Auftrage der Baudeputation eröffnet, daß diejenigen von ihnen, die infolge des Beschlusses der Versammlung vom 9. Mai d. J. die Arbeit mit oder ohne Mündigung niederlegen, auf WiederEinstellung im Betriebe der Baudeputation nicht zu rechnen haben.

Hamburg, 11. Mai 1909.

Oberingenieur Sperber.

Diese Bekanntmachung hat Wunder gewirkt. Allerdings in der entgegengesetzten Richtung, die die Baudeputation wollte. „Was“, sagten die Straßeneiniger, „man wird uns ausführen, weil wir unter gleichem Recht auf gleichem Wege in Anspruch nehmen! Die Baudeputation kündigt uns, wenn es ihr beliebt, und wir tut das alle Tage und bei jeder Gelegenheit, nun aber, da wir das gleiche tun, sollen wir bestraft werden?! Nun erst recht!“ Und wie ein Lauffeuer erforderte es alle Kolonnen der Straßeneiniger. Jetzt war auch für die Beteiligten die Lage der Dinge entschieden.

Ein besonderer Zwischenfall ereignete sich am Sonnabend, den 18. Mai, mittags, im Verwaltungsgebäude der Baudeputation. Unser Verbandsvertreter überbrachte die Kündigungen. Vaurat Casperjohann ließ ihm sagen, er solle zum Oberingenieur gehen. Antwort: „Es handelt sich um die Kündigungen der Straßenreiniger und dafür ist Herr Vaurat Casperjohann zuständig. Wenden Sie das gefälligst dem Herrn Vaurat.“ Nach einer Viertelstunde durfte der Verbandsleiter den Herrn Vaurat sprechen. Dieser erklärte entschieden, die Kündigungen nicht entgegenzunehmen zu wollen. Und ebenso prompt wurde ihm entgegnet, er möge damit machen, was er wolle. Im übrigen hatten andere Kollegen über die Rechtsgültigkeit dieser Form der Einreichung der Kündigungen zu entscheiden. Als Herr Casperjohann auch dann noch wieder erklärte, die Kündigungen müßten durch die Post eingeschickt werden, die Übergabe der Kündigungen durch den Verbandsleiter würde als ungeschehen betrachtet werden, oder wie Herr Casperjohann sich ausdrückte: „Wenn Sie ein Paket hier belegen, geht mich nichts an.“ da sagte denn schließlich der Verbandsleiter: „Dann würde die Folge sein, daß Sie die Leute eventuell für kontraktmäßig erklären würden, und darüber würde alle Welt ein Hohngelächter ausstossen.“ Das „Paket“ blieb auf dem Tisch des Hauses“ liegen.

Die Situation ist für die Straßenreiniger sehr günstig, und wenn die Baudeputation auf ihrem Standpunkt beharrt, wird ein Lohnkampf entbrennen, wie er in dieser Form in Hamburg noch nicht dagewesen ist. Die Folgen sind unabsehbar. Unter den verwandten Arbeitergruppen beginnt es bereits stark zu gären.

Am Sonntag, den 14. Mai, abends 7½ Uhr, fand im Gewerkschaftshaus eine imposante Versammlung der Straßenreiniger statt mit der Tagesordnung: „Neue Maßnahmen zur Lohnbewegung.“ Wie uns telephonisch mitgeteilt wird, herrschte ein vorzüglicher Stimmeswitz unter sämtlichen Versammlungsteilnehmern.

Am Donnerstag (Simmelfahrtstag), den 20. Mai, findet eine öffentliche Versammlung der gesamten Hamburger Staatsarbeiter statt, die zu der Bewegung der Straßenreiniger Stellung nehmen wird.

Da wenig Aussicht auf vernünftiges Einklenken seitens der Baudeputation besteht (es werden bereits Verträge gemacht, um sich Streikbrecher zu sichern), werden unsere Kollegen von ganz Deutschland, deren Vertreter in diesen Tagen in Dresden zusammenkommen, mit uns die Hoffnung haben, daß der Kampf ein siegreicher sein möge! Und wenn es sein muß, werden wir alle unseren Hamburger Kollegen zur Seite stehen!

Die Lohnbewegung unserer Kieler Kollegen.

Schon seit zwei Jahren haben die Kollegen in Kiel in einer fortlaufenden Bewegung. In der ganzen Periode sind mit Ausnahme einer kleinen Lohnerhöhung und einzelnen geringen Zugeständnissen wesentliche Erfolge nicht erreicht worden. Bei der letztjährigen Etatberatung ist nun neuerdings wieder von Seiten des Magistrats das beste Wohlwollen betont worden, jedoch ist jede Verbesserung abgelehnt, weil — keine Gelder vorhanden sind. Aus dem gleichen Grunde hat man sich auch von Seiten des Magistrats gegen die Einführung des Achtstundentages für die Gasarbeiter gewandt. Diese ablehnende Haltung des Magistrats hat nun dem Fuß den Boden ausgeföhren. Die Kollegen sind hierüber erobert, um so mehr als man auch ihrer Vertretung, dem Arbeiterausschuß, jedes Recht der Mitäußerung zu diesen Fragen unterbunden hat. Um nun einen endgültigen Beschluß herbeizuföhren, fand am Montag, den 17. Mai, eine Versammlung statt, die sich mit den weiteren Maßnahmen zur Durchführung der Forderungen befaßte. Die organisierten Kollegen waren nahezu alle erschienen, nur wenige, die durch Dienst verhindert waren, fehlten. Die Stimmung der Versammelten war eine sehr gehobene zu nennen. Allseits stimmte man den Ausführungen des Referenten zu; nur manchmal machte sich die Stimmung zu einer sofortigen Arbeitsniederlegung Bahn. Dem Magistrat wurde seiner rüchändigen Haltung wegen kein Lob gespendet, sondern an Hand der Ausführungen einzelner Diskussionsredner nach die Ruchändigkeit der Stadtverwaltung an Beispielen illustriert. Das Resultat der Versammlung basiert auf der Annahme der nachfolgenden Resolution:

Resolution.

Die heute, am 17. Mai, im „Gewerkschaftshaus“ tagende Versammlung der städtischen Arbeiter nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der ablehnenden Haltung des Magistrats. Die

Versammelten sind um so mehr über diese Ablehnung empört, als auch gleichzeitig der Vertretung ihrer selbst, den Arbeiterausschüssen, durch die nicht erfolgte Einberufung der gemeinschaftlichen Sitzung jede weitere Förderung ihrer Angelegenheit unterbunden ist. Die Anwesenden beauftragen daher das Bureau der Versammlung, erneut die Forderungen dem Magistrat und den Stadtverordnetenkollegien mit der Maßgabe einer sofortigen Beschlußfassung zu unterbreiten. Gleichzeitig wird der Vorstand des Verbandes ermächtigt, im Falle einer ungunstigen Antwort Maßnahmen zur energischen Durchführung eventuell einer Arbeitsniederlegung zu treffen.

Lohnbewegung der Kölner Theaterarbeiter.

Am 22. April dieses Jahres reichte Kollege G. Schäfer im Auftrage der Kölner Theaterarbeiter der Direktion der vereinigten Stadttheater den Entwurf einer Arbeitsordnung ein, der eine Reihe durchaus berechtigter Forderungen enthielt. In einem Schreiben der Direktion vom 1. Mai lehnte diese sämtliche Forderungen ab, wobei sie sich in der Hauptsache auf einen Vertrag stützte, den sie mit den Arbeitern abgeschlossen hatte und dessen Gültigkeit bis zum 31. August 1910 vereinbart war. Der Vertrag kam 1907 zustande und zwar unter Umständen, die uns als Organisation veranlassen mußten, nicht viel auf ihn zu geben. Vor allem war es für uns kein Grund, von einem Versuch, die Löhne aufzubessern, abzusehen.

Der ablehnende Bescheid der Direktion gab uns Veranlassung, die Stadtverwaltung als Vermittler anzurufen. Am Freitag, den 7. Mai dieses Jahres, fanden die ersten Verhandlungen auf dem Rathaus statt. An ihnen nahmen teil Beigeordneter Dr. Jarres, Betriebsleiter Rosenbergs mit Theatermeister Kreyer, der Arbeiterausschuß und Kollege G. Schäfer als Organisationsvertreter. Erst in einer zweiten Verhandlung am Montag, den 10. Mai, die teils auf dem Rathaus und teils im Opernhaus im Beisein des Direktors Marterkeig gepflogen wurde, war eine Verständigung möglich. Es wurde folgendes vereinbart:

Die Direktion hält daran fest, daß der gegenwärtige Vertrag, wie vereinbart, noch bis zum 31. August 1910 Gültigkeit hat. Sie ist damit einverstanden, daß in dem neu zu verabschiedenden Vertrag die geforderten Monatslöhne von 120 bis 140 Mk. bezw. 125 bis 145 Mk. bezw. 130 bis 150 Mk. festgelegt werden mit der Maßgabe, daß die Steigerung von 5 Mk. pro Monat nicht jedes Jahr, sondern in Wechselräumen von zwei Jahren eintritt. Die am 1. September 1910 fällige Zulage von 5 Mk. wird jedoch bereits am 1. September dieses Jahres gezahlt, also noch während der Dauer des jetzigen Vertrags. Die Arbeitszeit bleibt einständig einschließlic einer je halbstündigen Frühstunde- und Vesperpause, außer in der freien Zeit, wo achtstündige Arbeitszeit gilt. Ebenso bleibt es bei den zwei freien Tagen im Monat. Der Sommerurlaub dagegen wird von drei auf fünf Tage hinausgeschoben.

Der gegenwärtige Lohn der Bühnenarbeiter beträgt 115 Mk., der der Vorarbeiter 120 und 125 Mk.; wenn nun vom 1. September dieses Jahres ab eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 5 Mk. eintritt und eine Lohnskala eingeföhrt wird, die die Steigerung des Monatslohnes bis auf 140 Mk. bezw. 145 Mk. bezw. 150 Mk. festlegt, so ist dies unstreitig ein Fortschritt gegenüber den jetzigen Verhältnissen. Der noch bestehende Vertrag wird im kommenden Jahre einer gründlichen Revision unterzogen werden müssen, wobei die noch verbleibenden Forderungen der Arbeiter sicher nicht unbeachtet gelassen werden können.

Die durch die Lohnerhöhung bedingte Mehrbelastung des Theaterbudgets beträgt für das Jahr 1910/11 rund 4000 Mk. In Frage kommen 65 Arbeiter. Die Organisation der Arbeiter wurde anerkannt. Maßregelungen dürfen auch aus Anlaß der Lohnbewegung nicht stattfinden.

So haben die Kölner Theaterarbeiter durch entschiedenes Vorgehen einen schnellen Erfolg errungen. Der Umstand, daß 90 Proz. der Kollegen den Verbände angehören, erleichterte die Aktion sehr. Hoffen wir nun, daß alle Kollegen dem Verbände stets Treue bewahren werden, dann wird es auch in Zukunft an Erfolgen nicht fehlen.

H. Sch.

Die Ablehnung unserer Forderungen in Spandau.

Als wir im verfloßenen Jahre in Spandau zum erstenmal unsere Forderungen stellten, da haben wir uns der Hoffnung hin, der Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium würden soviel sozialpolitisches Einssehen haben, um diesen Forderungen ihre Zustimmung zu geben. Diese Hoffnung ist nun leider zunichte ge-

worden. Es ist dies um so bedauerlicher, als die teuren Lebensverhältnisse im hiesigen Orte hinter denen von Berlin und anderen großen Städten durchaus nicht zurückstehen. Schon allein die Wohnmieten sind ziemlich hohe. Wollen die Kollegen einigermaßen billig wohnen, dann sind sie gezwungen, die elendesten Löcher als Wohnungen zu benutzen. Aber auch die Abgaben für Steuern usw. sind kostspielig. Kein Mensch wird also behaupten wollen, daß wir hier in Spandau billiger leben als andernorts.

Betrachtet man die bisherige Tätigkeit des Arbeiter-Ausschusses, so darf man sich über die Stellung der maßgebenden Körperschaften zu unseren Wünschen allerdings nicht wundern. In verschiedenen Nummern der „Gewerkschaft“ haben wir die Arbeiten des Ausschusses unter die Lupe genommen und den Kollegen im Reich gezeigt, wie verkehrte Arbeit auch von diesen Institutionen geleistet werden können und speziell hier geleistet worden ist. Als unsere Forderungen das erstmal im Arbeiter-Ausschuß zur Beratung kommen sollten, erklärten einige Vertreter, sie hätten in unsere Eingabe noch nicht genügend Einblick genommen. (Für die Forderungen kamen nur Gasarbeiter in Betracht.) Die Sache wurde deshalb zurückgestellt. Nachdem dann in der darauf folgenden Ausschusssitzung unsere Anträge beraten wurden, erklärten nach langem hin und her dieselben Herren, die Forderungen wären zu weitgehend und sie könnten dazu ihre Zustimmung nicht geben. Die Folge war dann auch, daß die meisten Arbeiterauschussvertreter gegen die Anträge stimmten! Nur einem Punkte stimmten sie zu, und zwar: „Aufschlagszahlung für Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Proz.“ Dieser Antrag ging später an den Magistrat und wurde von ihm abgelehnt, wie folgendes Schreiben an den Arbeiterauschuß zeigt:

„Spandau, den 15. Februar 1909.

Erwidern auf das dorkseitige Schreiben
vom 22. Oktober 1908.

Eine Erhöhung des Stundenlohnes für Sonn- und Feiertagsarbeit ist abgelehnt worden. Wollt.“

Eine Begründung zu geben, warum dieser Antrag abgelehnt worden ist, hielt der Magistrat nicht für notwendig. Jedenfalls hatte man oben keine Gründe gehabt, die gegen diese bescheidene Forderung anzuführen wären. Um so wunderbarer aber die Ablehnung. Müßten doch auch wir Arbeiter Gründe anführen, wenn wir das oder jenes beantragen, folglich sollte man von unserem Magistrat dasselbe erwarten können. Warum man sich aber nicht einmal dazu entschließen konnte, für die Arbeiter den neunstündigen Arbeitstag einzuführen, das ist uns rätselhaft.

Selbst die königliche Militärwerkstatt in Spandau hat in diesem Jahre den Neunstundenarbeitstag eingeführt. Wie die Resultate zeigen, so hat sich diese Arbeitszeit überall dort, wo sie vorhanden ist, bewährt. Warum sollte sie sich denn nicht auch bei der hiesigen Stadtverwaltung bewähren? Man sollte meinen, das, was in dieser Beziehung andere Städte und königliche Behörden tun können, dazu muß auch die Stadt Spandau in der Lage sein. Meistens werden wir aber mit unjeren berechtigten Wünschen immer wiederkommen, bis auch der Magistrat den guten Zweck der Sache einseht.

Sache des Arbeiterauschusses selbst wird es sein, bei Ablehnung seiner Anträge von seiten des Magistrats, sich dieserhalb an das Stadtverordnetenkollegium zu wenden, damit auch dieses Gelegenheit hat, über diese Dinge zu befinden. Allerdings ist es dann notwendig, daß der Ausschuß in seiner Gesamtheit eine andere Stellung den Arbeiterforderungen gegenüber einnimmt als wie bisher. Verächtlichen wir, daß der Arbeiterauschuß noch jung ist und daß Vorgesetzte Ausschusssmitgliedern bei Ausübung ihrer Funktionen allerlei Schwierigkeiten bereiten, so ist das Verhalten mancher Mitglieder, wenn auch nicht gut zu heißen, so aber doch verständig. Scheint doch gerade auf dem Gebiet der Schilane Herr Betriebsleiter M. groß zu sein. Stellen Mitglieder für den Ausschuß Antragen, wo die von den Manifikationsarbeitern gezahlten Strafzettel bleiben, oder Anträge auf Mehrzahlung der Nachtrakt von pro Stunde 5 Pf., so erklärt dies Herr M. einfach für „naulich“. Die Folge davon ist, daß dieserhalb schon ein Mitglied sein Amt niedergelegt hat. Sogar Beispiele sollen Ausschusssmitglieder schon erhalten haben, weil sie sich erlaubten, Anträge zu stellen!

Eine der ersten und wichtigsten Aufgaben wird für den Arbeiterauschuß in nächster Zeit die sein, daß er für Einführung der Ründigungsfrist für Arbeiter eintritt. Besteht hier und da Manakel an Arbeit oder es macht sich ein Arbeiter bei seinem Vorgesetzten irgendwie misshellig, dann kann er sofort entlassen werden.

Es ist dies gewiß für manche Verwaltungsorgane ein beliebtes Mittel, die Arbeiter aber leben in Angst wegen sofortiger Entlassung aus der Arbeit. Ihre Bewegungsfreiheit wird dadurch auch eingeschränkt.

Wollen jedoch die Kollegen für die Zukunft eine bessere Verhandlung und nicht mehr, daß man ihren Interessen zuwiderhandelt, sondern Entgegenkommen zeigt, dann bleibt weiter nichts übrig, als mitzutreten in die organisierten Reihen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Barmen. Am 9. Mai fand unsere Mitgliederversammlung im „Gewerkschaftshaus“ statt. Kollege Heinh gab den Bericht über die Gaunkonferenz. Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte. Hiernach wurde die Quartalsabrechnung bekannt gegeben. Die Einnahmen betragen inklusive Kassenbestand 890,46 Mk., die Ausgaben der Filiale 158,00 Mk. An den Verbandsvorstand wurden gesandt 458,56 Mk. Bleibt in der Filiale ein Kassenbestand von 273,11 Mk. Die Abrechnung vom Frühjahrsbergrügen soll zur nächsten Mitgliederversammlung bekannt gegeben werden. Im Punkt „Verschiedenes“ regte Kollege Zerner an, der Delegierte, welcher nach Dresden zum Verbandstag komme, solle dafür eintreten, daß „Die Sanitätskarte“ eine Erweiterung durch wissenschaftliche Artikel erfahre. Eine Rubrik, in welcher die Eröffnung bezw. Errichtung von Badeanstalten usw. bekannt gegeben würde, sei sehr angebracht. Dadurch würde der Stellennachweis entlastet und das verursache weniger Kosten. Die Aufnahme von Zusetzen, welche in das Bade- und Krankenpflegersach einschlagen, sei ebenfalls in Erwägung zu ziehen. Nachdem noch einige Anfragen ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung um 10½ Uhr abends geschlossen.

Berlin. Unsere Filiale hielt am 6. Mai ihre gutbesuchte Generalversammlung im „Gewerkschaftshaus“ ab. Genossin L. Fiebig legte den aufmerksam Zuhörenden Zweck und Ziele der proletarischen Jugendzueziehung im sozialistischen Sinne dar. Im Sinne des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die festlegt, daß auch die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in städtischen Betrieben der proletarischen Jugendbewegung einzureihen und dementsprechend die notwendigen organisatorischen Maßnahmen von der Ortsverwaltung zu treffen sind. Holl. Wulky wies unter Mitteilungen darauf hin, daß die Mitgliedsbücher nicht im Besitz der Beitragsammler sondern der Mitglieder bleiben müssen. Der Grund für die Besorgung dieses schon von einer Generalversammlung gefassten Beschlusses ist, daß Mißstände und Eberereien für die Mitglieder nur bei strengster Durchführung dieses Beschlusses vermieden werden können. Es liegt darum besonders im Interesse der Mitglieder, ihre Mitgliedsbücher jederzeit selbst in Händen zu haben. Geplant ist, nach Künftigen einen Besuch der Sternwarte zu arrangieren. Für die Vertrauensleute finden am 14. und 25. Mai Vortragsabende statt. Kollege Hoffmann gab den Kassenbericht für das 2. Quartal 1909. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Für den aus der Ortsverwaltung ausscheidenden Kollegen Galtwid wurde der Kollege R. Neumann gewählt.

Berlin. (Röhrensystem.) Am Sonntag, den 9. Mai, fand eine allgemeine Betriebsversammlung statt, in welcher Kollege M. Wulfer über: „Sind die gegenwärtig gezahlten Löhne tatsächlich ausreichende, wie in der Staatsberatung zum Ausdruck kam?“ referierte. Redner ging hierbei auch auf die wegen Arbeitsmangels erfolgten Entlassungen näher ein. Nicht nur, daß bereits gegen 70 Entlassungen erfolgt waren, sollten noch mehr Entlassungen vor sich gehen. Durch rechtzeitiges Eingreifen sind die letzteren aufgehalten worden, und nicht nur diese, sondern die bereits entlassenen sollen wieder eingestellt werden. Den gleichzeitigen Kollegen muß es zum Bewußtsein kommen, daß es nur durch die Selbsthilfe, durch die Organisation möglich ist, sich vor Entlassungen zu bewahren. Dies trifft auch bezüglich der Wohnverhältnisse zu. Die gegenwärtigen Löhne reichen nicht im geringsten zu. Sollen hierin andere Verhältnisse Platz greifen, so muß jeder Kollege im Betrieb es sich zur Pflicht machen, der Organisation anzugehören. — Für den Arbeiterauschuß wurden folgende Anträge angenommen: Bei der Wächterstellung in den Kolonnen soll so verfahren werden, daß nach einmaliger Beschäftigung jeder Arbeiter zur Wache zugelassen wird. Die Sonntagswache soll so geregelt werden, daß, wer Tagwache gehabt hat, am nächsten Sonntag Nachtwache erhält. In den gewöhnlichen Sonntagen soll eine Stunde früher Arbeitschluss erfolgen. Nächster Besetzung der neuen Arbeitsstelle. Bei etwaigen Entlassungen neuen Arbeitsmannakel sollen die zuletzt eingestellten zuerst zur Entlassung kommen. Anwartschaft von Zellen für die Kolonnen. Bekanntgabe der Verdienungen verstorbenen Kollegen in den einzelnen Kolonnen, sowie Gewährung von Urlaub zu diesen.

